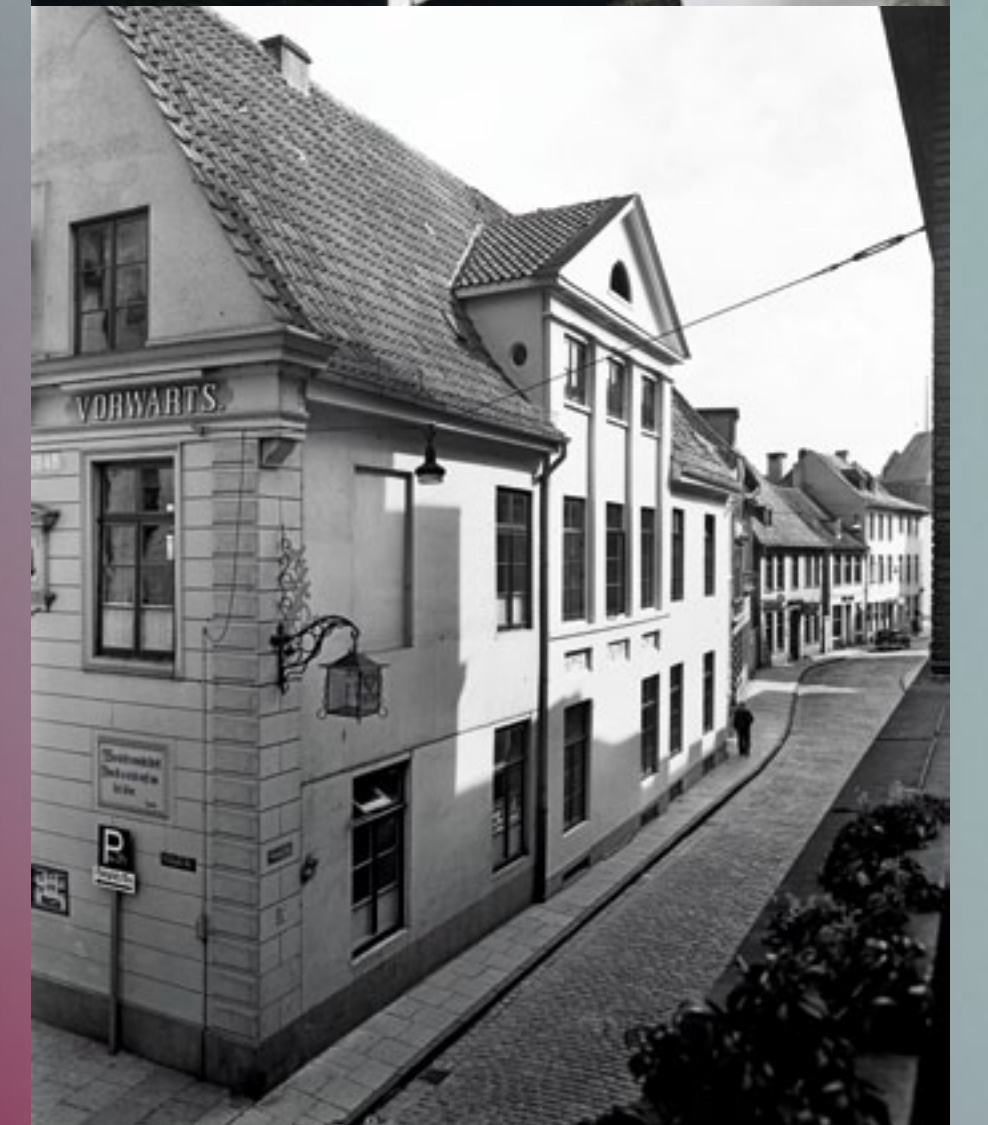


CDU BREMEN



70 Jahre CDU Bremen

ANSICHTEN EINER VOLKSPARTEI:
DIE BREMER CDU IN WORT UND BILD (1946-1995)



DIE CDU BREMEN BEDANKT SICH BEI FOLGENDEN INSTITUTIONEN FÜR BILDER UND PLAKATE:

ARCHIV FÜR CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE POLITIK (ACDP)
DPA PICTURE-ALLIANCE GMBH
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG E.V. (KAS)
LANDESINSTITUT FÜR SCHULE, ZENTRUM FÜR MEDIEN, LANDESFILMARCHIV (LIS)
STAATSARCHIV BREMEN (STAB)





Programm der Christlich-Demokratischen Union

Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, ist zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus musste in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entsprechenden Grundzüge bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin die Entwicklung, die seit der Weimarer Republik begann, geführt hat, führt sie: zur Verdrängung des Rechts und zur Inhabung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergeltung des Staates und ungemessener Ausdehnung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates.

70 Jahre CDU Bremen

ANSICHTEN EINER VOLKSPARTEI: DIE BREMER CDU IN WORT UND BILD (1946-1995)

1.1 ANFÄNGE (1945-1951)

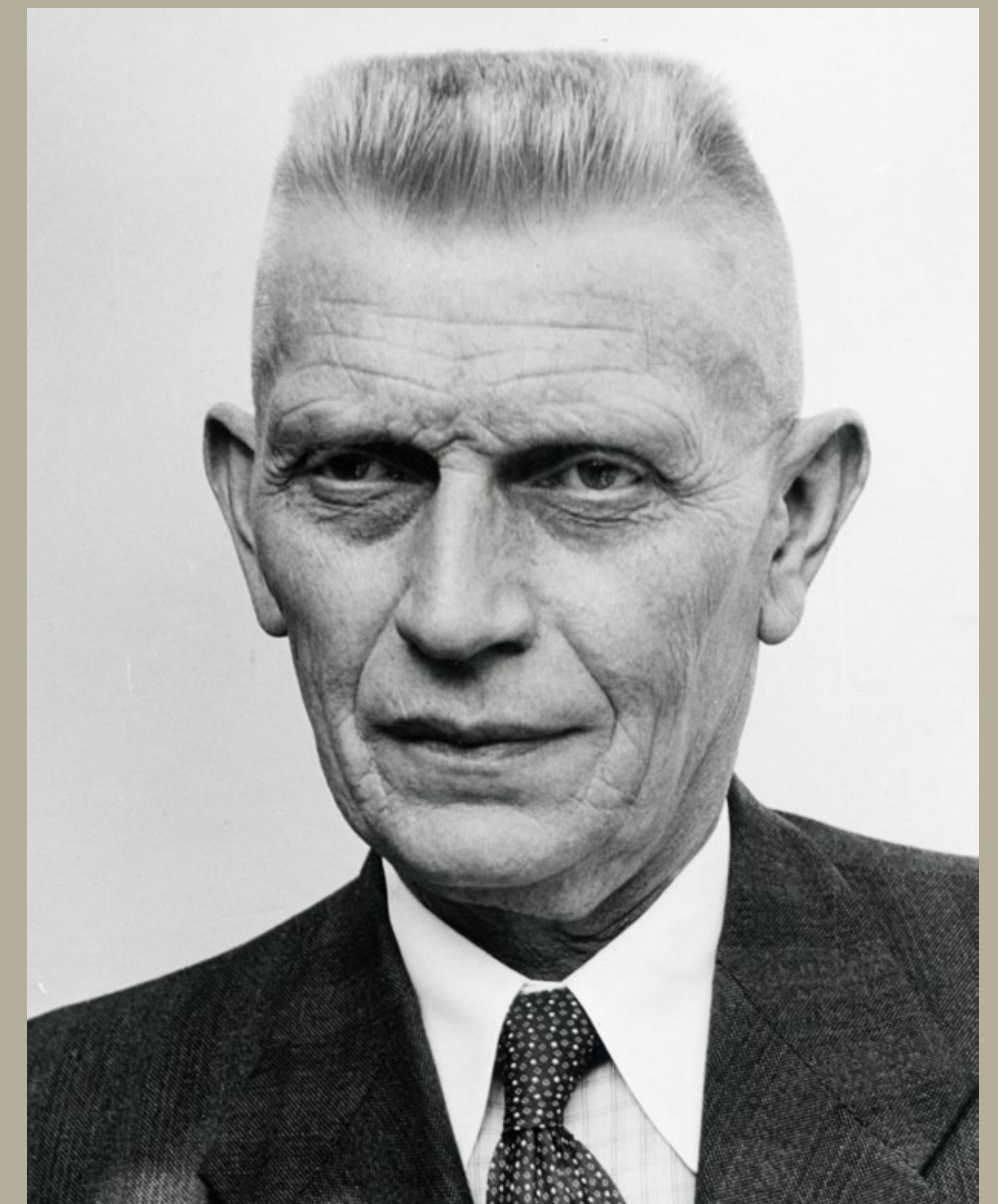
KRIEGSENDE UND ALLIIERTE BESATZUNG

26. April 1945: Kriegsende in Bremen. Englische und amerikanische Truppen besetzen eine verwüstete Stadt. Über 60% des Wohnraums ist durch alliierte Bombenangriffe zerstört. In den wenigen noch bewohnbaren Wohnungen leben die Menschen in unvorstellbarer Enge. Die Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrung, Wohnraum und Energie stellt die vorrangige Aufgabe der im Juni 1945 von der amerikanischen Militärregierung eingesetzten bremischen Senatsverwaltung dar. Die Amerikaner haben sich die im britischen Besatzungsgebiet gelegene »Enclave Bremen« mit ihren Hafenanlagen zur Abwicklung des Nachschubs gesichert, müssen bei der Ausübung der Hoheitsgewalt jedoch im Einklang mit den britischen Besatzungsrichtlinien agieren. Der Wunsch der USA, Bremen als Teil der amerikanischen Zone zu halten, ist eine entscheidende Voraussetzung für die Wiedererrichtung des Landes Anfang 1947.

tionen starke Bestrebungen sich abzeichnen, [...] eine Christliche Demokratische Partei zu gründen, worin evangelische und katholische Christen sich vereinigen sollten, um so eine große Partei zu schaffen, die nach christlichen Grundsätzen die neue Politik bestimmen sollte. Diese Ausführungen wurden von einem älteren verknöcherten Herrn dahingehend beantwortet: »Der gehört zu denjenigen, die sich selbst gern reden hören, so etwas kommt für uns nicht in Frage.«

DAS WHO IS WHO DER BREMER CDU:

PHILIPP JAHN
(23.11.1883-14.04.1963)



Philipp Jahn (1883-1963)
© Fotograf: Karl Edmund Schmidt, Rechte: StAB/KES

Jahn wächst als Sohn eines Schuhmachers und Landwirts im katholischen Eichsfeld auf. Die kinderreiche Familie ringt um das Existenzminimum und kann ihm eine höhere Schul- und Berufsausbildung nicht ermöglichen. Ab Mitte des Jahres 1900 arbeitet Jahn als Holzarbeiter bei der Firma Logemann und Wardenburg im Bremer Holzhafen. Zu einem seelischen Anker wird ihm die Gemeindegemeinschaft in der katholischen St. Mariengemeinde in Blumenthal. Jahn beginnt, sich auch gewerkschaftlich zu betätigen, moralische Richtschnur ist ihm dabei die katholische Soziallehre. Jahn tritt dem Katholischen Arbeiterverein (1904) und dem christlichen Holzarbeiter-Verband (1905) bei und unterstützt zahlreiche Projekte, die das Leben der Arbeiterschaft in Bremen zu verbessern helfen. In der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) findet er eine sozialpolitische Heimat. Daneben ist er in der letzten, freigewählten Bremischen Bürgerschaft von 1931-33 als Abgeordneter des Zentrums vertreten. Zur Zeit des Nationalsozialismus muss er berufliche Repressalien hinnehmen. Nach 1945 bereitet u.a. sein Einsatz für die Christlich Demokratische Union die Gründung der CDU in Bremen entscheidend vor. Jahn, der auch die Gründung der CDU-Sozialausschüsse maßgeblich vorantreibt, ist von 1946 bis 1955 in der Bremischen Bürgerschaft vertreten. Ausgezeichnet mit der päpstlichen Medaille Benemerenti und dem Bundesverdienstkreuz am Bande stirbt Philipp Jahn am 14. April 1963 in Bremen.



Amerikanische Militärfahrzeuge vor zerstörter Häuserzeile auf dem Bremer Marktplatz 1946.
© LIS / Foto: Wilhelm Kuhlmann

NEUBEGINN DES POLITISCHEN LEBENS

Befreit von den Fesseln der nationalsozialistischen Diktatur erwacht in Bremen das politische Leben. Die alten Arbeiterparteien SPD und KPD schließen sich zur »Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus« zusammen. Schon vor der Erlaubnis zur Bildung politischer Parteien Ende September 1945 beleben sie ihre Organisationen auf informellem Wege. Bei ihren Bemühungen um die Gründung einer neuen, antimarxistischen Partei der Mitte müssen die unterschiedlichen bürgerlichen Gruppierungen versuchen, diese organisatorischen Nachteile zu kompensieren.

DIE VISION: EINE ÜBERKONFESSIONELLE, CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI

In vielen Städten der zukünftigen Bundesrepublik bilden sich noch während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und vermehrt seit Ende des Krieges unabhängig voneinander christlich-demokratische Initiativen und Gruppen. Nach den erschütternden Erfahrungen der gescheiterten Demokratie von Weimar, des Nationalsozialismus und des Weltkriegs ist ein Zusammengehen der bürgerlichen Kräfte in einer überkonfessionellen, sozialen Sammelbewegung das Gebot der Stunde.

DER SONDERFALL BREMEN

Doch in der Weserstadt stoßen die Befürworter des zukunftsweisenden Parteiprojekts auf große Schwierigkeiten: Eine starke konfessionelle Parteitradition wie etwa im Rheinland durch das katholische Zentrum begründet, fehlt in Bremen. Führende Vertreter der Bremischen Evangelischen Kirche verschließen sich dem Gedanken einer überkonfessionellen Partei. Zudem schließen sich auf Initiative von Angehörigen der Handelskammer links- und nationalliberale Kräfte Ende Oktober 1945 zur Bremer Demokratischen Volkspartei (BDV) zusammen. Deren entscheidende Vertreter lehnen eine christlich-soziale Ausrichtung mit deutschlandweitem Bezug ab. Philipp Jahn, katholischer Gewerkschafter und ehemaliger Zentrumsabgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft erinnert sich:

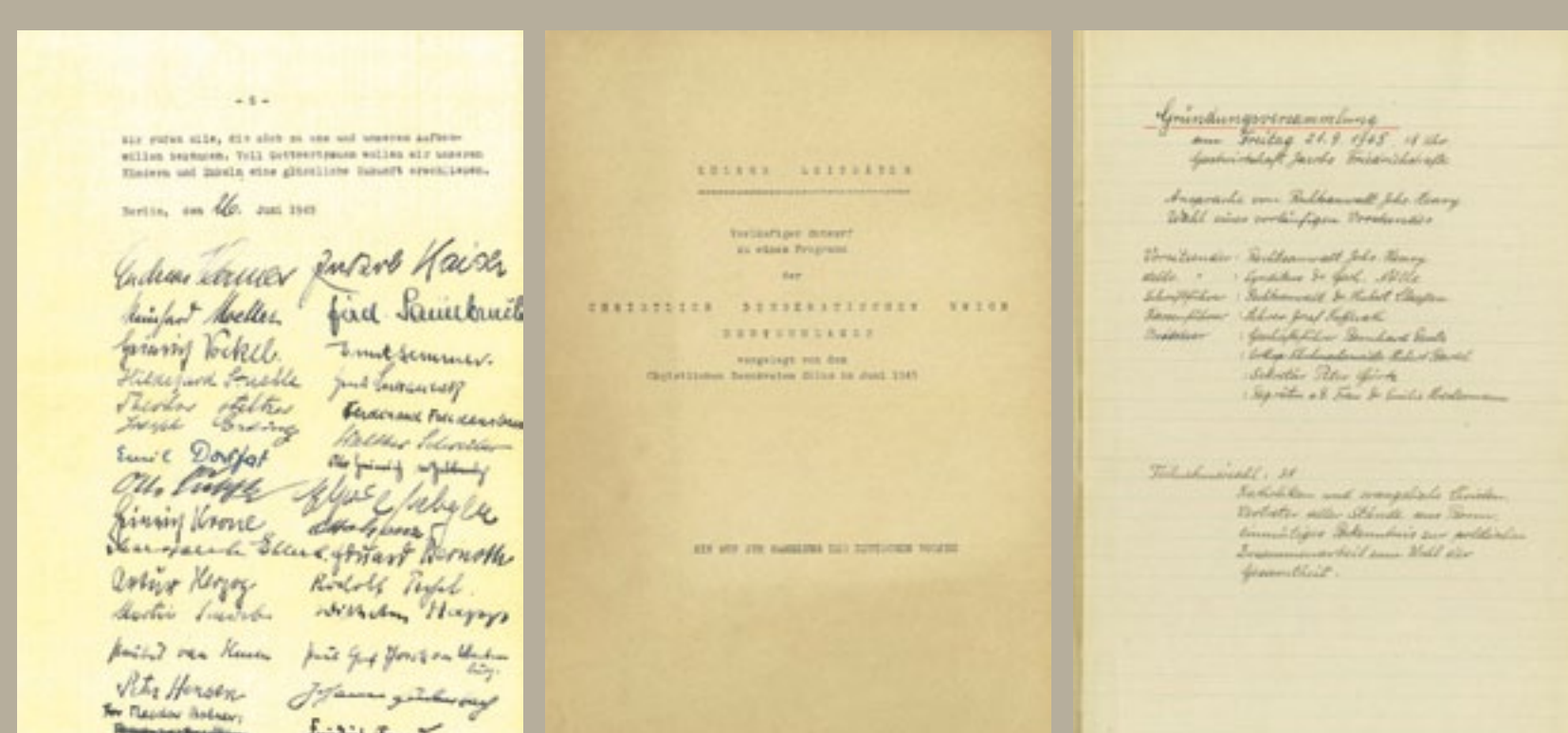
STANDPUNKT

PHILIPP JAHN ZUR GRÜNDUNG EINER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN PARTEI IN BREMEN:

»Man machte den Vorschlag, einen parteipolitischen Verein zu gründen, worin alle bürgerlichen Wähler vereinigt werden sollten [...] Ich habe geantwortet, dass nach meinen Informa-



Blick von der zerstörten Baumwollbörse auf das Bremer Rathaus 1947.
© LIS / Foto: Magnus Iken



Ausschnitte aus frühen Gründungsdokumenten der christlich-demokratischen Union aus (v. l. n. r.): Berlin (26.06.1945), Köln (Juni 1945) und Bonn (21.09.1945).
© KAS.de/ACDP



Programm der Christlich-Demokratischen Union

Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Oberhand gewann, ist zu Ende. Die Kultur der christlichen Weltanschauung, die in der Vergangenheit die geistige Oberhand gewann, ist zu Ende. Die Kultur der christlichen Weltanschauung, die in der Vergangenheit die geistige Oberhand gewann, ist zu Ende. Die Kultur der christlichen Weltanschauung, die in der Vergangenheit die geistige Oberhand gewann, ist zu Ende.

70 Jahre CDU Bremen

ANSICHTEN EINER VOLKSPARTEI: DIE BREMER CDU IN WORT UND BILD (1946-1995)

1.2 ANFÄNGE (1945-1951)



KATHOLISCHE INITIATIVEN

Trotz inhaltlicher Differenzen treten Philipp Jahn und einige Gesinnungsfreunde zunächst der Bremischen Demokratischen Volkspartei (BDV) bei und werben dort als »christliche Gruppe« weiter für die Vision einer überkonfessionellen bürgerlichen Sammelbewegung. Auch die Gruppe um den Schiffsingenieur Johannes Kühne aus Blumenthal tritt für die Gründung einer solchen Partei ein, lehnt aber gleichzeitig die BDV als rein wirtschaftsorientierte Vereinigung entschieden ab. Kühne repräsentiert Teile der katholischen Arbeitnehmerschaft, die in dem seit 1939 zu Bremen gehörenden Industriestädtchen Blumenthal überproportional hoch vertreten ist.

KONTAKT NACH AUSSEN: DER ZONENBEIRAT

Im Januar 1946 entsendet die »christliche Gruppe« Vertreter zur konstituierenden Versammlung des Zonenbeirats der CDU in die britische Zone nach Herford. Hermann Lingsen fällt die wichtige Aufgabe zu, den Kontakt zur neuen Leitung des Zonenausschusses um Konrad Adenauer und seinem Stellvertreter Friedrich Holzapfel herzustellen. Lingsen erinnert sich später lebhaft an die beschwerliche Reise »im Viehwaggon« nach Herford, doch seine Mühen zahlen sich aus. Die Bremer Christdemokraten sind durch den Kontakt zum Zonenbeirat noch vor der Gründung der CDU in Bremen in wichtige programmatische Grundsatzentscheidungen eingebunden.

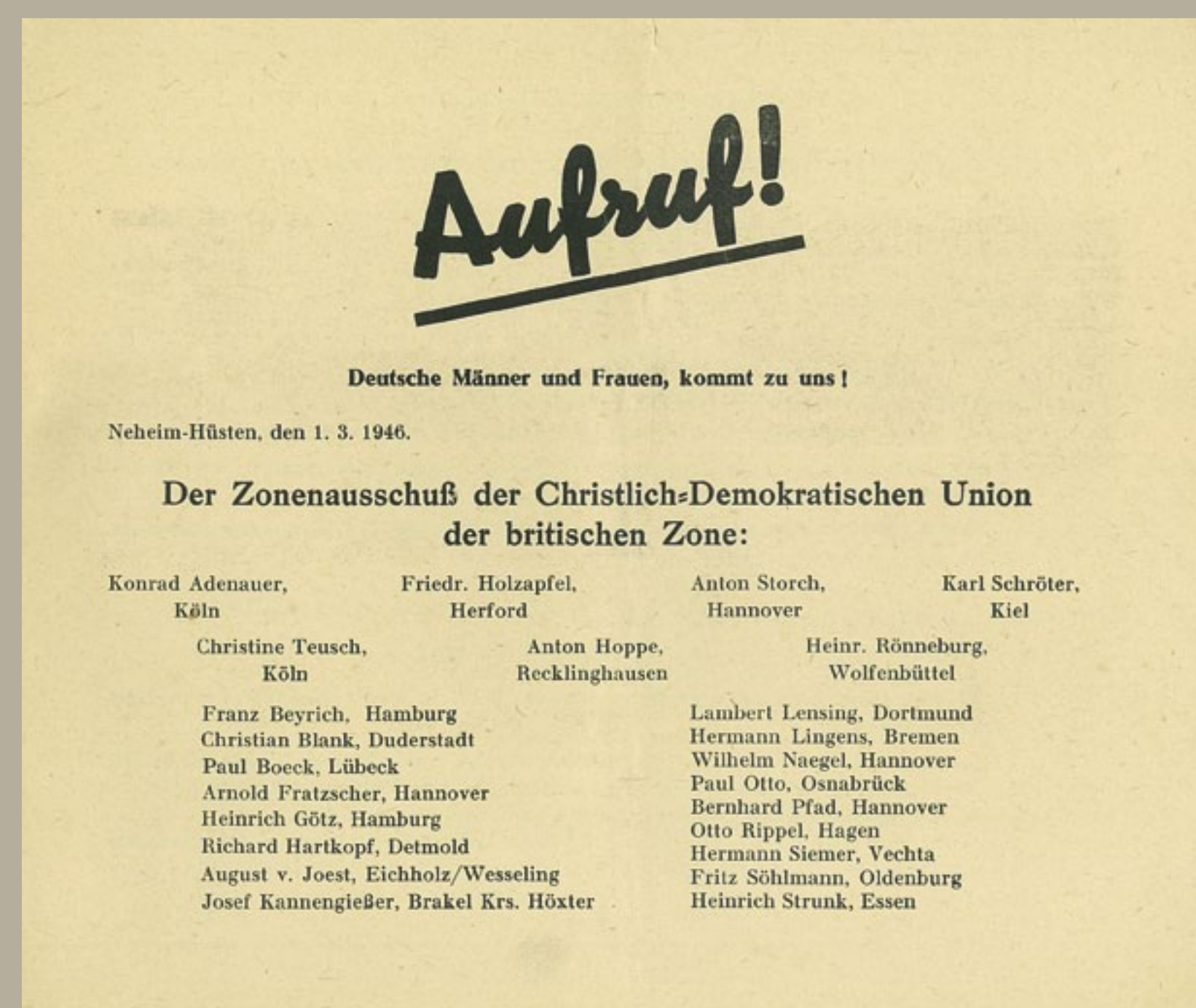
Enttäuscht wendet sich Johann Kaum an einen Freund, den Hannoveraner Arnold Fratscher. Dieser ist Mitglied des Beirates der CDU in der britischen Zone und kennt deshalb Hermann Lingsen, der als Vertreter der »christlichen Gruppe« ebenfalls diesem Gremium angehört. Von da an geht alles sehr schnell. Fratscher vermittelt ein wegweisendes Treffen zwischen Lingsen und den ehemaligen Volksdienstlern, das am 9. Mai 1946 im Bremer Hauptbahnhof stattfindet. Bereits einen Tag später reicht Johann Kaum den Antrag auf Gründungsgenehmigung der CDU bei der amerikanischen Militärregierung ein.

DIE PARTEIGRÜNDUNG

Am 16. Juni 1946 ist es soweit. 130 Bremer Bürger beschließen an diesem Sonntag die Gründung der Christlich Demokratischen Union für Bremen. Da die junge Partei noch über keine eigenen Räumlichkeiten verfügt, gastiert sie im Haus des Vereins »Vorwärts« in der Sandstraße 5. Das Prinzip der Überkonfessionalität findet Berücksichtigung: Die Hälfte der Teilnehmer gehört zum evangelischen Kreis der ehemaligen Volksdienstler um Johann Kaum, die andere setzt sich aus ehemaligen Anhängern des katholischen Zentrums zusammen. Kaum und Philipp Jahn werden zu kommissarischen Vorsitzenden gewählt.



Ersatzverkehr zwischen Teerhof und Martinianleger mit einer Barkasse 1947. Die Kontaktaufnahme zwischen den christlich-demokratischen Gruppen wird nicht zuletzt durch die katastrophalen infrastrukturellen Bedingungen nach Kriegsende erschwert.
© LIS / Foto: unbekannt



Aufruf zur Tagung des Zonenausschusses der Christlich-Demokratischen Union der britischen Zone in Neheim-Hüsten am 01.03.1946. Genannt werden Hermann Lingsen (Bremen) und Arnold Fratscher (Hannover), deren Bekanntschaft aus dem Zonenbeirat die Gründung der CDU in Bremen entscheidend forcierte.
© ACDP, Nachlass Diel, 01-139-004/5

EVANGELISCHE INITIATIVEN

Zunächst noch ohne Kontakt zu den katholischen Gruppen und zum Zonenbeirat fertigen ehemalige Mitglieder des früheren evangelischen christlich-sozialen Volksdienstes um den Kaufmann Johann Kaum im Oktober 1945 den Satzungsentwurf einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei an. Mit der Gründung der BDV scheint ein solches Projekt für Bremen jedoch zunächst nicht verwirklicht werden zu können. Doch Johann Kaum gibt nicht auf. Ende April 1946 erfährt er vom vergeblichen Versuch der »christlichen Gruppe«, mit der evangelischen Kirchenleitung in ein politisches Gespräch zu kommen.

ÜBER DEN ZONENBEIRAT ZUR VEREINIGUNG

Anfang Mai hat immer noch kein Austausch zwischen evangelischen und katholischen Christdemokraten stattgefunden.



Haus »Vorwärts« im Jahre 1957. Der Bildungsverein »Vorwärts« wird 1846 von Bremer Zigarrenmachern gegründet. Ziel ist eine standesübergreifende Versorgung der Bevölkerung mit Bildung. 1858 erwirbt der Verein das Haus in der Sandstraße 5. Am 16. Juni 1946 hält die CDU Bremen dort ihre Gründungsversammlung ab.
© LIS / Foto: Hinrich Meyer



Blick von der Bahnhofstraße auf den Bremer Hauptbahnhof im Jahre 1946. Am 9. Mai findet hier das entscheidende Treffen zwischen Hermann Lingsen und Johann Kaum statt. Einen Tag später stellt Kaum den Antrag zur Gründung der CDU.
© LIS / Foto: Wilhelm Kuhlmann



Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, ist zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus musste in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entsprechenden Grundzüge bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin die Entwicklung, die weit von Weisheit dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, führt mit: zur Verachtung des Rechts und zur Anhebung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergeltung des Staates und ungehemmter Ausbeutung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates.

1.3 ANFÄNGE (1945-1951)

DAS SCHWIERIGE VERHÄLTNISS ZUR BDV: ÜBERTRITTE UND SPALTUNG

Das Ziel von CDU und der »christlichen Gruppe« ist es, eine numerisch und sozial möglichst breite Sammelbewegung mit überregionalem Bezug zu erschaffen. Einen Tag nach der Zulassung der CDU durch die Militärregierung findet am 8. Juli 1946 eine Mitgliederversammlung der BDV statt. Philipp Jahn, der als Sprecher der »christlichen Gruppe« immer noch der Partei angehört, stellt den Antrag, die BDV in der bereits deutschlandweit agierenden CDU aufgehen zu lassen. Nach hitzigen Diskussionen folgen Abstimmung und – die Spaltung! Neben der »christlichen Gruppe« treten namhafte Vertreter der BDV zur CDU über. Darunter sind ihre beiden Geschäftsführer und späteren Bundestagsabgeordneten Johannes Degener und Ernst Müller. Müller gründet noch im Juli einen Zusammenschluss von Mitgliedern der Partei unter 35 Jahren, der Vorläufer der Jungen Union Bremen ist geboren.

FRÜHE BEWÄHRUNGSPROBEN

Bei den ersten Nachkriegswahlen zur Bürgerschaft erreicht die neue Partei im Oktober 1946 einen Achtungserfolg: Mit 12 Bürgerschaftsmandaten wird sie aus dem Stand zur zweitstärksten politischen Kraft. Der persönliche Einsatz, den die Mitglieder und Kandidaten dabei leisten müssen, ist kaum zu unterschätzen. Zwar hat sich die Mitgliederzahl der CDU seit dem Gründungsparteitag bis November 1946 auf 520 vervierfacht, numerisch ist sie der SPD jedoch hoffnungslos unterlegen. Dennoch nimmt die CDU ihre Oppositionsrolle engagiert an.

ERHALT DER BREMER SELBSTSTÄNDIGKEIT

Mit der Proklamation Nr. 3 der amerikanischen Militärregierung in Deutschland wird am 27. Januar 1947 rückwirkend zum ersten Januar des Jahres das selbstständige Land Bremen gegründet. Anfang Februar tritt Bremerhaven dem Land bei. An der Wesermündung war die Gründung der CDU reibungslos verlaufen als in der Stadt Bremen. Unter dem katholischen Pastor Nolte konstituiert sich bereits im November 1945 eine überkonfessionelle Christlich Demokratische Partei. Nolte hatte den Vorschlag der britischen Besatzungsbehörden nach einer Wiederbegründung des Zentrums zugunsten einer gemeinsamen Neugründung mit evangelischen Freunden abschlägig beschieden. Vereint im Landesverband der CDU Bremen verstärken von nun an Mitglieder aus Bremerhaven die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft.

DIE NEUE BREMER VERFASSUNG - ZUKUNFTSWEISENDE KONTROVERSEN

Seit April 1947 wird in der Verfassungsdeputation, der alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien angehören heftig diskutiert. Dabei stimmt man über grundsätzliche Fragen, wie etwa den zukünftigen Status Bremens als selbstständiges Land in einem föderalen deutschen Gesamtstaat durchaus überein. Zwei Themen erschweren jedoch eine Einigung: Das Ausmaß einer betrieblichen Mitbestimmung in der Industrie (»Sozialisierung«) und die Schulfrage. Die CDU spricht sich dabei gegen den SPD-Entwurf einer weltlichen Einheitsschule mit einem konfessionsunabhängigem Unterricht in »biblischer Geschichte« aus. Sie setzt sich für ein breiteres Schulangebot mit Privat- und Bekenntnisschulen und die ordentlichen Schulfächer evangelische bzw. katholische Religion auch an öffentlichen Schulen ein und erringt einen Teilerfolg: Die Einrichtung von Privatschulen wird erlaubt und der Religionsunterricht soll im Land Bremen zwar überkonfessionell, aber »auf allgemeiner christlicher Grundlage« erteilt werden. Nach dem Volksentscheid zur neuen Verfassung, der am 12. Oktober zusammen mit den zweiten Bürgerschaftswahlen durchgeführt wird,

tritt die »Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen« am 21. Oktober 1947 in Kraft. Bei der Bürgerschaftswahl kann sich die CDU mit 22 % der Stimmen als zweitstärkste politische Kraft in Bremen etablieren.

DAS WHO IS WHO DER BREMER CDU:

ERNST MÜLLER-HERMANN (30.09.1915-19.07.1994)



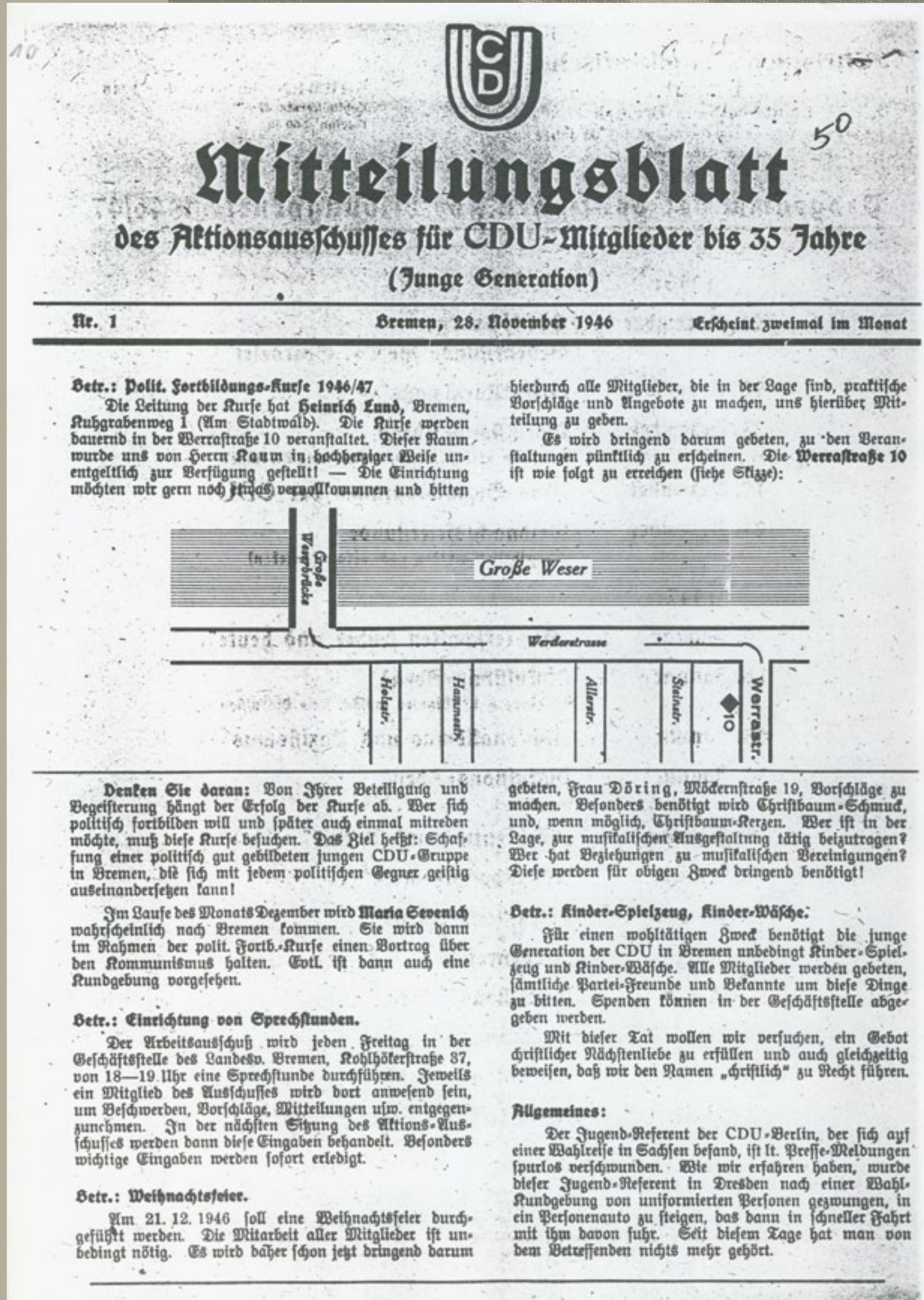
Ernst Müller-Hermann (1915-1994) im Jahre 1951. © StAB, Fotograf: Karl Edmund Schmidt

Ernst Müller wird in Königsberg (Ostpreußen) geboren. Nach dem Abitur studiert er von 1932-34 Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre. Bereits 1934 wird er gezwungen, seine Studien abzubrechen, da sein Großvater mütterlicherseits, der Physiologe Ludimar Hermann, Jude war. Müller absolviert eine Lehre zum Speditionskaufmann und arbeitet anschließend bei einem Speditions- und Schiffsverkehrsunternehmen in Königsberg und Bremen. Von 1940 bis 1945 ist er Soldat, wird mehrfach verwundet und kehrt 1945 nach Bremen zurück. In Gedenken an seine von den Nationalsozialisten ermordete jüdische Verwandtschaft nimmt Müller den Namen Hermann an. Beruflich fasst er beim 1945 zugelassenen Weser-Kurier Fuß, dessen Schriftleiter er 1949 wird. Müller-Hermann gründet zunächst eine Flüchtlingspartei, um dann der Bremer Demokratischen Volkspartei (BDV) beizutreten. Bei der entscheidenden Mitgliederversammlung der BDV im Juli 1946 spricht er sich entschieden für einen Übertritt der gesamten Partei zur CDU aus. Von 1946-1952 gehört er für die CDU der Bremischen Bürgerschaft an, darunter zwei Jahre lang als Fraktionsvorsitzender. Als Landesvorsitzender der CDU Bremen amtiert er von 1968 bis 1974. 1952-1980 sitzt er für die CDU im Deutschen Bundestag und hat in dieser Zeit zahlreiche politische Ämter inne. Müller-Hermann, der in den sechziger Jahren sein Studium nachholt und mit Promotion abschließt, gehört auch mehrfach dem Europäischen Parlament an. Er stirbt am 19. Juli 1994 in Wallgau.

STANDPUNKT

DER GEIST DES CHRISTENTUMS, AUS DER ERSTEN SATZUNG DER BREMER CDU:

»Zweck der Partei ist, [...] an der Gestaltung des politischen Lebens zu arbeiten und das gesamte öffentliche Leben mit dem Geist des Christentums zu durchdringen, und die Grundsätze der Demokratie zur Geltung zu bringen.«



Frühes Mitteilungsblatt der CDU für »alle unter 35« (Vorläufer der Jungen Union) mit Veranstaltungsankündigung. Die Veranstaltung findet in der Privatwohnung von Johann Kaum in der Werrastraße 10 statt. © CDU Bremen



Wahlkampf auf Trümmern. Plakat der CDU zur Bürgerschaftswahl und Volksabstimmung 1947. Thema ist die betriebliche Mitbestimmung. © StAB, Fotograf: Karl Edmund Schmidt



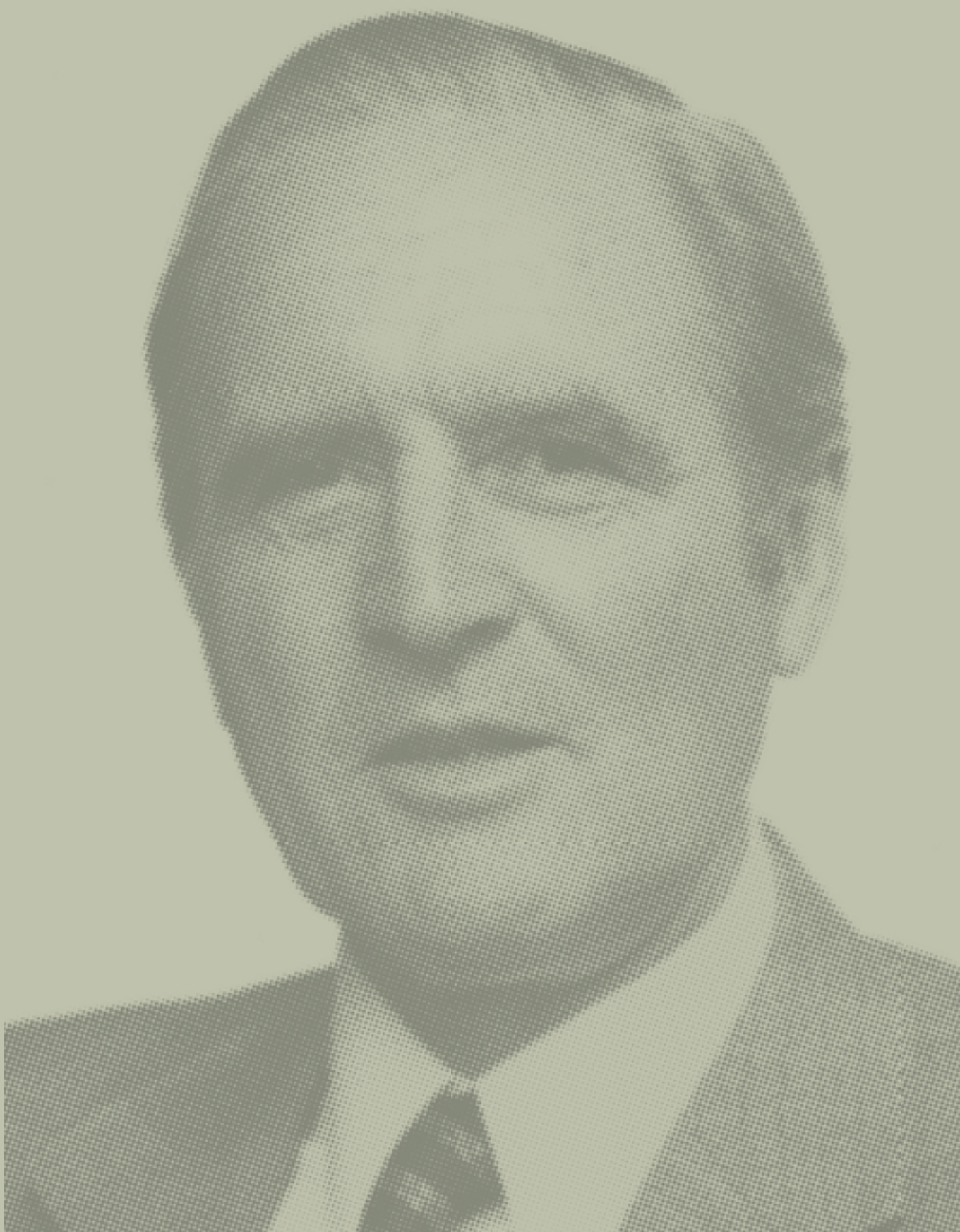
Programm der Christlich-Demokratischen Union

Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Grundlage wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, ist zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus musste in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entsprechenden Grundsätze bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin die Entartung, die weit von Weisheit dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, leben wir; zur Berechtigung des Rechts und zur Abkehrung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergeltung des Staates und ungeliebten Ausbeutung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates.

70 Jahre CDU Bremen

ANSICHTEN EINER VOLKSPARTEI: DIE BREMER CDU IN WORT UND BILD (1946-1995)

2.1 REGIERUNGSVERANTWORTUNG (1951-1959)



ANNÄHERUNG DES BÜRGERLICHEN LAGERS

Bei den dritten Bürgerschaftswahlen seit Kriegsende erlebt die junge CDU im Oktober 1951 eine Enttäuschung. Die Partei ist fortan in der Bremischen Bürgerschaft nur noch mit 9 Abgeordneten vertreten. Dennoch ist in der sich anbahnenden Koalition aus SPD und FDP christdemokratischer Sachverstand gefordert. Die FDP, die sich als Nachfolgepartei der Bremer Demokratischen Volkspartei (BDV) etabliert hat, tritt für eine Regierungsbeteiligung der CDU ein. Voraus geht eine Phase intensiver Annäherung von Christdemokraten und FDP-Angehörigen, in der es gelingt, das nach der Spaltung der BDV zerrüttete Verhältnis zu den Liberalen zu normalisieren. Auf CDU-Seite sind Heinrich Barth (Landesvorsitzender 1952 - 54) und Landesschatzmeister Jules Eberhard Noltenius an diesem Prozess maßgeblich beteiligt. Noltenius wird ab März 1954 als Landesvorsitzender die Geschicke der CDU in Bremen bis 1968 beeinflussen.

EIN BÜNDNIS FÜR BREMEN

Dass auch eine Annäherung zwischen CDU und SPD gelingt, ist keineswegs selbstverständlich. Die SPD wird den Wandel von einer sozialistischen Arbeiterpartei zur Volkspartei erst Ende der 50er Jahre endgültig vollziehen. Auf Seiten der CDU sprechen eine dezidiert antimarxistische Grundhaltung und die politische Maxime der »Westbindung« gegen eine Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten. In Bremen setzt sich jedoch letztlich eine pragmatische Einsicht durch: Der Dienst zum Wohle der Heimatstadt geht vor! Für Bürgermeister Wilhelm Kaisen ist ein »Bündnis von Kaufleuten und Arbeiterschaft« angesichts der gewaltigen Aufgaben des Wiederaufbaus das realpolitische Gebot der Stunde. Zudem stellt die CDU mit Konrad Adenauer den Kanzler der im Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik und ein »guter Draht« zur Bundesregierung ist für die Zukunft Bremens von entscheidender Bedeutung.

DER SENAT »KAISEN IV«: DIE CDU ÜBERNIMMT REGIERUNGSVERANTWORTUNG

Nach zähen Verhandlungen zwischen den zukünftigen Koalitionären wählt die Bürgerschaft am 29. November 1951 den »Senat Kaisen IV« - zwei seiner Mitglieder gehören der Bremer CDU an! Landesvorsitzender Martin Heinrich Wilkens wird Ernährungs- und Landwirtschaftssenator. Johannes Degener legt sein Bundestagsmandat nieder und übernimmt das Ressort für Wohnung, Wohlfahrt und Gesundheit. Die CDU trägt damit zur Lösung einer der schwierigsten Aufgaben im Bremen der Nachkriegszeit bei: Der Unterbringung und Integration zehntausender Flüchtlinge und »Zugewanderter« aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der Sowjetischen Besatzungszone.

SCHIFFFAHRT UND SELBSTSTÄNDIGKEIT BREMENS

Die Instandsetzung und freie Nutzung der maritimen Schlüsselindustrie (Häfen und Werften) zur Wiederaufnahme von Handel, Schiffbau und Schifffahrt stellt den wichtigsten Arbeitsplatzgenerator der Hansestadt zu Beginn der 50er Jahre dar. Gleichzeitig bedeutet sie eine Steigerung der Exportmöglichkeiten, die auch dem Bund zu Gute kommt. Ein solches Mammutprojekt kann ohne finanzielle Unterstützung Bonns und internationale Verhandlungen über die Befreiung von Beschränkungen des Schiffbaus mit den Alliierten nicht erfolgen. Darüber hinaus gilt es, in Bonn für den Erhalt der Bremer Selbstständigkeit einzutreten und Plänen zur Schaffung eines »Nordstaates« entgegenzuwirken.



Bürgermeister Wilhelm Kaisen und Karl Carstens mit dem US-Amerikanischen Außenminister Dean Acheson in Washington am 27.04.1950. Kaisen und Carstens werben bei ihrer USA-Reise für eine völlige Freigabe von Schiffbau und Schifffahrt. © StAB

DER LANDESBEAUFTRAGTE BREMENS BEIM BUND

Die Ernennung des CDU-nahen Juristen und Verwaltungsfachmanns Karl Carstens zum ersten Landesbeauftragten Bremens beim Bund im Herbst 1949 ist in diesem Kontext zu sehen. Carstens erreicht in Bonn eine gesteigerte Aufmerksamkeit gegenüber den Themen Schifffahrt und Schiffbau. Zudem tragen seine Verhandlungen mit der Bundesregierung und der amerikanischen Economic Cooperation Administration zu einer beträchtlichen »Finanzspritze« bei: Im Rahmen des Marshallplans werden 85 Millionen DM für den Bremer Schiffbau freigesetzt. Die endgültige Freigabe des Schiffbaus fixiert das Alliierte Abkommen vom Frühjahr 1951 - ein gesteigertes inländisches und ausländisches Interesse an Bremer Schifffahrts-Know-How beschert der Werftindustrie in den kommenden Jahren des »Wirtschaftswunders« eine Phase des »Auftragsbooms«.

Die zweite große Aufgabe, derer sich Carstens engagiert annimmt, ist der Erhalt der Bremer Selbstständigkeit. Auf seine Initiative hin befasst sich der Bremer Senat intensiv mit den finanziellen Aspekten der Eigenstaatlichkeit, insbesondere soll nachgewiesen werden, welche Deviseneinnahmen dem Bund durch die bremische Hafen- und Schifffahrtsindustrie zufließen. Ein wissenschaftliches Gutachten des »Euler-Ausschusses« kommt schließlich zu dem Urteil, dass eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistung nicht durch eine territoriale Neuordnung zu verwirklichen sei.



Hans Hackmack, Journalist und erster Lizenzträger des ab Mitte September 1945 erscheinenden Weser-Kuriers nimmt die Große Koalition bereits am Tag der Wahl zur Bürgerschaft (29. November 1951) vorweg: »Umstellung auf Große Koalition«. © Weser-Kurier



Wilhelm Kaisen und Karl Carstens besuchen im Zuge ihrer USA-Reise 1950 New Orleans. © StAB



Flüchtlingslager Vahrer Straße, 1959 © StAB, Fotograf: Karl Edmund Schmidt



Programm der Christlich-Demokratischen Union

Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materialistische Weltanschauung in Deutschland die geistige Oberhand gewann, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, ist zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus musste in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entsprechenden Grundzüge bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin die Entwicklung, die seit dem Anfang dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, lehrt uns: zur Verdrängung des Rechts und zur Anhebung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergeltung des Staates und ungemessener Ausbeutung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates.

70 Jahre CDU Bremen

ANSICHTEN EINER VOLKSPARTEI: DIE BREMER CDU IN WORT UND BILD (1946-1995)

2.2 REGIERUNGSVERANTWORTUNG (1951-1959)

DER LANDESBEAUFTRAGTE BREMENS BEIM BUND
(FORTSETZUNG VON PLAKAT 2.1)

Zwischen 1951 und 1955 setzt sich auch die sogenannte »Luther-Kommission« der Bundesregierung mit der Verringerung der Bundesländer und der Neugründung eines »Nordstaates« auseinander. Carstens bereitet für das Bremer Kommissionsmitglied und Bundestagsabgeordneten Walther Kühn entscheidende Argumente für die Selbstständigkeit aus einer Denkschrift des Senates auf. Nachdem sich Bundeskanzler Konrad Adenauer anlässlich einer Einladung zur Schaffermahlzeit bei einem offiziellen Besuch in Bremen im Februar 1954 für den Erhalt der Selbstständigkeit ausgesprochen hat, kommt auch die »Luther-Kommission« 1955 zu dem Schluss, dass eine Neugliederung der Länder im Norden (vorerst) nicht notwendig sei.

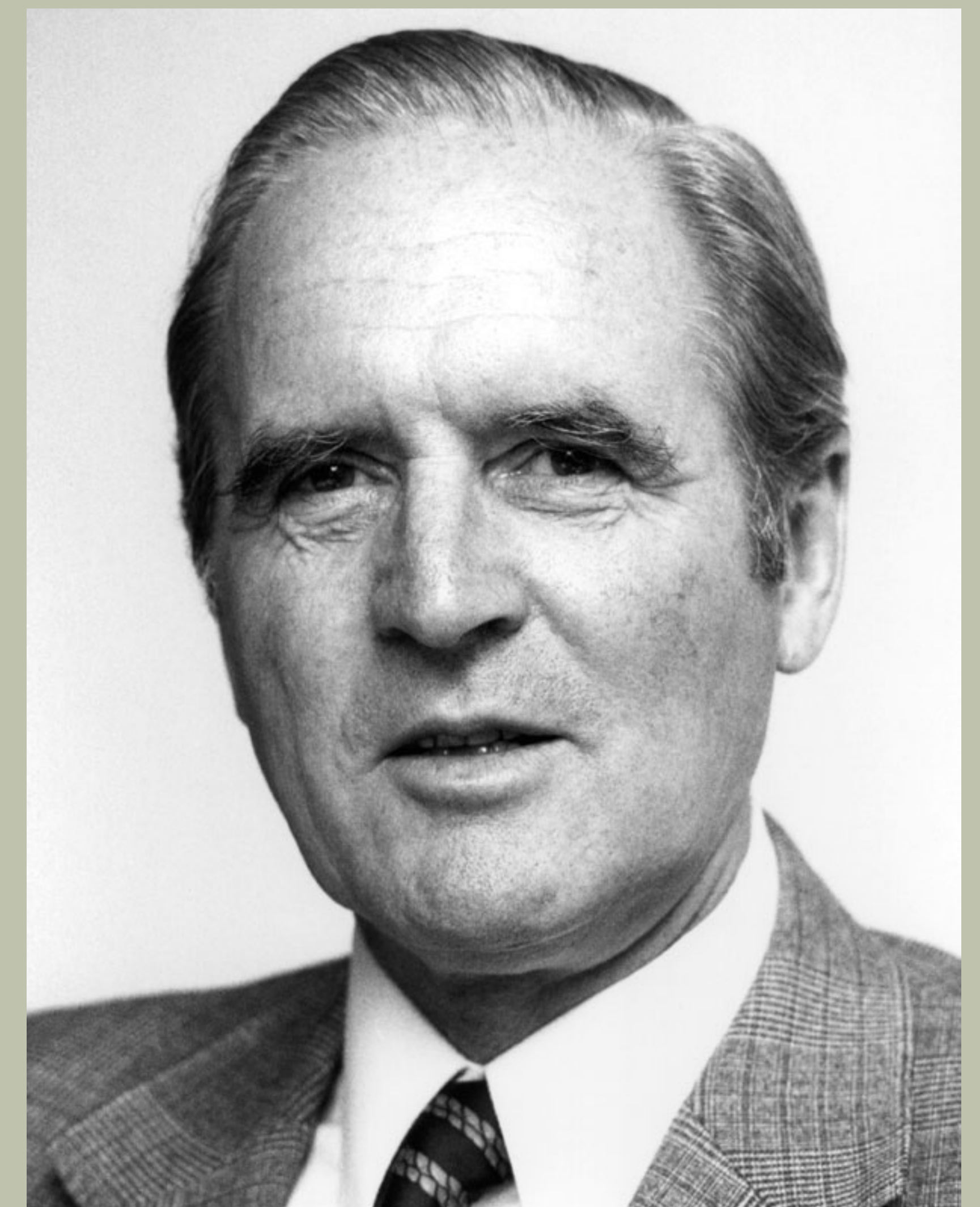
Mit hanseatischem Selbstbewusstsein unterstreicht die Bremer CDU die gegenseitige Abhängigkeit von Bund und der selbstständigen Hansestadt bei den Bürgerschaftswahlen 1955 mit dem Slogan: »Bonn braucht Bremen, Bremen braucht Bonn«

DAS WHO IS WHO DER BREMER CDU:

KARL CARSTENS
(14.12.1914 - 30.05.1992)

Carstens enge Bindung an die Freie Hansestadt Bremen ist tief in seiner Biografie begründet. Er wird in der Fitgerstraße 36 unweit des Bremer Bürgerparks geboren. Sein Vater fällt während des Ersten Weltkrieges in Frankreich. In einer von finanziellen Einschränkungen geprägten Jugend lernt Carstens hautnah die Vorteile bürgerlichen Verantwortungsbewusstseins kennen. Die sozialen Netzwerke des Vaters unterstützen ihn. Carstens kann deshalb das renommierte Alte Gymnasium besuchen. Im Sommer 1933 beginnt er ein Studium der Rechtswissenschaften und absolviert es in sieben Semestern an fünf Universitäten. Nach eigenen Angaben dient u.a. sein Studienortswechsel nach Dijon im Sommersemester 1935 dem Zweck, der nationalsozialistischen Gleichschaltung im akademischen Bereich zu entgehen. Carstens promoviert im Jahre 1937 an der Universität Hamburg. Nach der zweiten juristischen Staatsprüfung im Jahre 1939 entscheidet er sich für den relativ unabhängigen Beruf des Rechtsanwalts. Um die Zulassung zum Assessorexamen erhalten zu können, stellt er in Hamburg einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP. Polizeilich ist er aber auch in Bremen gemeldet. Carstens schürt ein Kompetenzwirrwarr zwischen den Gauleitungen Hamburg und Weser-Ems, verschleppt zudem wichtige Unterlagen und reicht sie erst zu einem Zeitpunkt ein, an dem bereits eine Mitgliedersperrung in Kraft getreten ist. Als sein Antrag positiv beschieden wird, ist Carstens bereits seit August 1939 Soldat. Da sich Angehörige der Wehrmacht nicht politisch betätigen dürfen, ruht seine Mitgliedschaft in der NSDAP für die Dauer des aktiven Wehrdienstes, der für Carstens mit der ordnungsgemäßen Entlassung aus der Wehrmacht im April 1945 endet. Carstens wird im Zuge seiner »Entnazifizierung« als entlastet, bzw. nicht betroffen eingestuft.

Nach Ende des Krieges wird Theodor Spitta auf den jungen Anwalt aufmerksam und schon bald arbeitet Carstens halbtags beim Senator für Justiz und Verfassung. Carstens zeichnet sich dabei in der Arbeit an der Bremer Verfassung und beim Wiederaufbau einer funktionierenden Gerichtsbarkeit in Bremen aus. Die amerikanische Militärverwaltung ermöglicht dem englischsprachigen Carstens 1948/49 ein einjähriges Aufbaustudium an der renommierten Universität Yale.



Karl Carstens (1914-1992) – Bremer und Bundespräsident
© slomifoto/KAS-ACDP

Nach seiner Rückkehr nimmt er das Angebot Wilhelm Kaisens an, als erster Landesbeauftragter Bremens beim Bund nach Bonn zu wechseln. Während dieser Zeit (bis 1954) macht er sich insbesondere um die Förderung des Bremer Schiffbaus und die Selbstständigkeit des Bundeslandes Bremen verdient. Carstens ist ab 1955 Mitglied der Bremer CDU. Im gleichen Jahr holt ihn Bundeskanzler Adenauer in das auswärtige Amt. Seine Karriere als politischer Beamter beendet er 1969 als Chef des Kanzleramtes. Anschließend widmet er sich verstärkt der wissenschaftlichen Tätigkeit und unterrichtet als Außerordentlicher Professor Europa- und Völkerrecht. Seine »dritten Karriere« als Bundestagsabgeordneter, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundestagspräsident (1972-1979) beginnt mit der Bundestagswahl 1972. Höhepunkt seines politischen Schaffens ist die Wahl zum fünften Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland (1979-1984) durch die 7. Bundesversammlung am 23. Mai 1979 in Bonn.

Karl Carstens stirbt am 30. Mai 1992 in Meckenheim.

ZWISCHEN REGIERUNGSBETEILIGUNG UND PROGRAMMATISCHEN DIFFERENZEN

Zwar findet die CDU in Bürgermeister Wilhelm Kaisen einen verlässlichen Ansprechpartner, gleichzeitig bedeuten die Jahre der Koalition einen Spagat zwischen Regierungsverantwortung und programmatischen Überzeugungen. Die gegnerischen Positionen kommen im politischen Tagesgeschäft besonders in den Bereichen Bau- und Schulwesen zum Ausdruck.

WOHNBAU

Während die Notwendigkeit einer raschen Bereitstellung neuen Wohnraums in Bremen unbestritten ist, kritisiert die CDU die enge Verflechtung von Politik, Gewerkschaften und der »Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Bremen mbH« (GEWOBA). Darüber hinaus setzt sich die CDU in der Wohnungsfrage für den Erhalt des Privateigentums und gegen eine einseitige staatliche Bereitstellung von Wohnraum ein. ► 2.3



Bundeskanzler Konrad Adenauer mit Bürgermeister Wilhelm Kaisen beim Schaffermahl am 12.02.1954. Adenauer spricht sich bei dieser Gelegenheit nachdrücklich für die Selbstständigkeit Bremens aus.
© StAB, Fotograf: verm. Georg Schmidt



»Bonn braucht Bremen, Bremen braucht Bonn«, Wahlwerbung der CDU auf dem Bahnhofsvorplatz vor der Bürgerschaftswahl 1955.
© StAB, Fotograf: Karl Edmund Schmidt

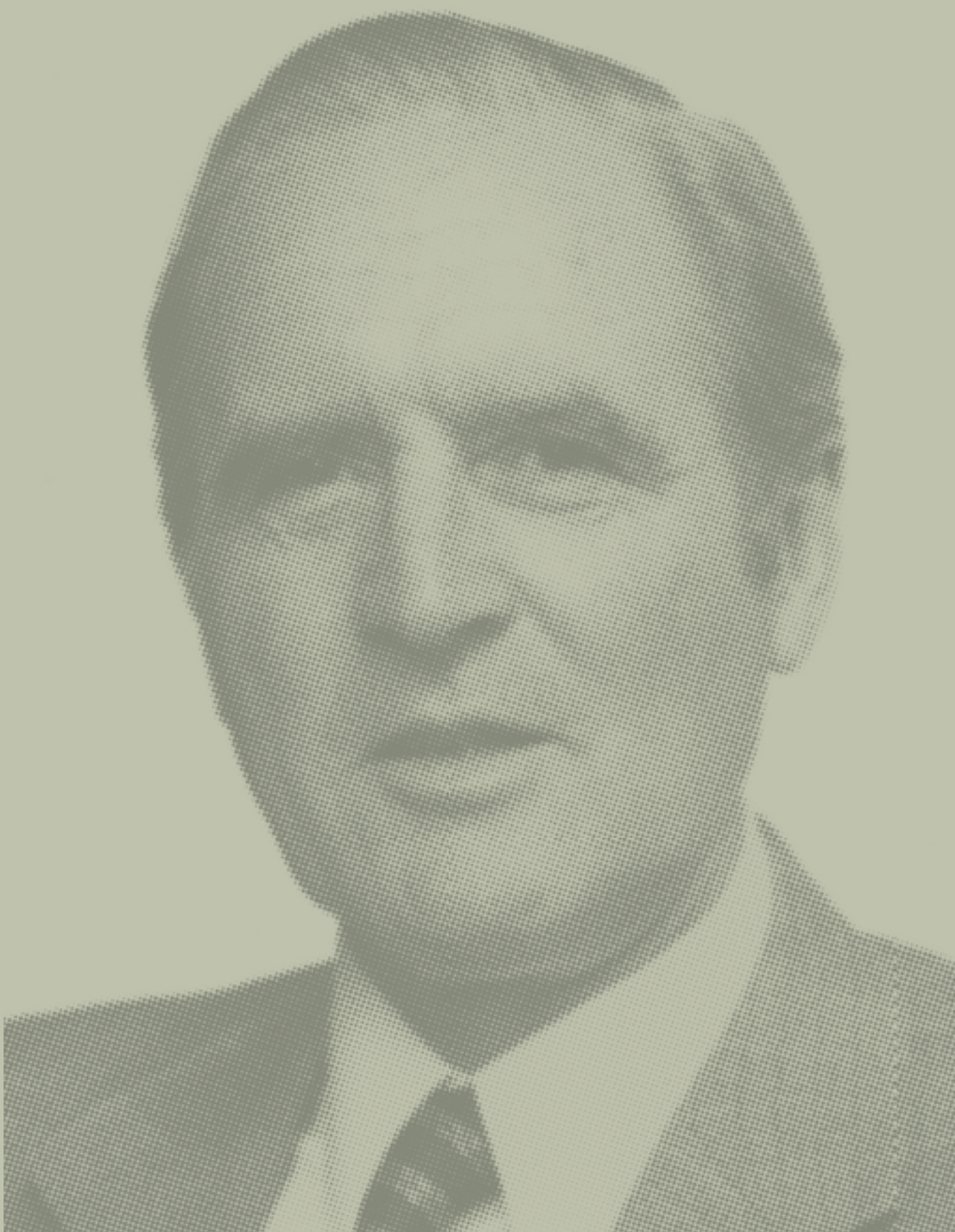


Wiederaufbau des Bremer Westens, Grundsteinlegung an der Wartburgstraße durch die »Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Bremen mbH« (GEWOBA) 1953. In den fünfziger Jahren werden in Bremen zahlreiche Bauprojekte nach den Prinzipien des »verdichteten Wohnraumbaus« umgesetzt.
© StAB, Fotograf: Karl Edmund Schmidt



Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materielle Weltanschauung in Deutschland die geistige überlagerte wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, ist zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus musste in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entsprechenden Grundzüge bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin die Entwicklung, die weit von Weisung dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, leben wir; zur Verachtung des Rechts und zur Inflation der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergeltung des Staates und ungeliebten Ausbeutung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates.

2.3 REGIERUNGSVERANTWORTUNG (1951-1959)



DIE SCHULFRAGE

Die CDU spricht sich in der Schulfrage gegen das ideologisch gefärbte Experiment der »Einheitsschule« aus. Im Mittelpunkt der Kritik steht die im Bremer Schulgesetz von 1950 verpflichtend eingeführte 6jährige Grundschulzeit – eine Schulform, von der bis Mitte der fünfziger Jahre andere Bundesländer bereits wieder abrücken.

STANDPUNKT

»Zusammenfassend muss daher gesagt werden, dass die sechsjährige Grundschule sich nicht bewährt hat, weil sie die Entwicklung der einzelnen Schulzweige behindert oder sie unmöglich gemacht hat.«

- ▶ Heinrich de Tschaschell, Schulsprecher der CDU-Fraktion und Sprecher der Deputation für allgemeinbildende Schulen im Juni 1954 in der Bremischen Bürgerschaft.

Der CDU geht es um die spezielle Förderung individueller Begabungen auf dem soliden Fundament einer vierjährigen Grundschulzeit. Weiterhin plädiert sie für ein breiteres Schulangebot, das auch Privat- und Konfessionsschulen umfasst. Hierbei gelangen ihr Teilerfolge: Privatschulen werden ab Mitte 1955 stärker bezuschusst und ab 1957 dürfen außerordentlich begabte Kinder bereits nach der vierten Klasse die Oberschule besuchen.

KOALITIONSKRISE UNTER BUNDESPOLITISCHEN VORZEICHEN

Im Wahljahr 1955 setzt sich der Streit zwischen den Koalitionären fort – diesmal mit bundespolitischem Tenor. Hintergrund des Konflikts bildet die bevorstehende Ratifizierung der umfangreichen »Pariser Verträge«. Darin ringt Bundeskanzler Adenauer den drei Westmächten das Zugeständnis ab, den »Deutschland-Vertrag« zu ratifizieren und das Besatzungsstatut aufzuheben. Die Bundesrepublik Deutschland wird dadurch zu einem souveränen Staat. In dem »Deutschen Manifest« (auch »Frankfurter Manifest« genannt) spricht sich Ende Januar 1955 eine mehrheitlich von SPD-Mitgliedern und Gewerkschaften getragene Versammlung gegen die Ratifizierung der »Pariser Verträge« und den darin vorgesehenen »Verteidigungsbeitrag« der Bundesrepublik im Rahmen einer NATO-Mitgliedschaft aus.

Durch einen bewusst herbeigeführten Eklat der SPD-Fraktion erreicht der Konflikt um die »Pariser Verträge« die Bremische Bürgerschaft. Fraktionsvorsitzender Richard Boljahn reicht einen Antrag ein, der zur demonstrativen Unterstützung des »Deutschen Manifestes« aufruft – wohl wissend, dass die CDU- und FDP-Fraktionen nicht gegen ihre Regierungskoalition in Bonn stimmen würden – schon deshalb nicht, weil Außenpolitik nicht zu den Aufgaben der Bürgerschaft gehört. Ein Vermittlungsausschuss der Koalitionsparteien kann die Differenzen nicht bereinigen. Der SPD-Antrag wird einstimmig von SPD und KPD angenommen. In einem offenen Brief an die SPD-Fraktion stellt Johannes Kühne, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Bürgerschaft, daraufhin das Regierungsbündnis in Frage. Bis zu den Bürgerschaftswahlen im Herbst gelingt es nicht zuletzt Dank der Vermittlung Wilhelm Kaisens, die Koalition zu »retten«. Jules Eberhard Noltenius führt hierzu, die Verantwortung der CDU für die Geschicke des Landes Bremen umschreibend aus (siehe »Standpunkt« – links).

BÜRGERSCHAFTSWAHL 1955: ERNEUTE REGIERUNGSBETEILIGUNG

Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft kann die CDU im Oktober 1955 die Anzahl ihrer Abgeordneten von neun auf

achtzehn verdoppeln. Zwar erhält die SPD erstmals die absolute Mehrheit der Sitze, Bürgermeister Kaisen möchte jedoch an dem Bündnis mit dem Bürgerlichen Lager festhalten. Die CDU verschließt sich einer erneuten Regierungsbeteiligung nicht, fordert jedoch eine stärkere personelle und inhaltliche Mitbestimmung ein. In der Schulfrage lässt sie sich vor dem Regierungsbeitritt eine lange geforderte Änderung des Schulgesetzes schriftlich bestätigen.

Im »Senat Kaisen V«, der am 28. Dezember 1955 die Arbeit aufnimmt, ist die CDU mit einem dritten Senator vertreten: Erich Zander (Justiz und Verwaltung). Jules Eberhard Noltenius erhält mit dem Ressort für Häfen, Schifffahrt und Verkehr einen der verantwortungsvollsten Regierungsposten. Er übernimmt gleichzeitig das Amt des zweiten Bürgermeisters.

Eine erneute Regierungsbeteiligung ist innerhalb der CDU nicht unumstritten. Gegner eines Zusammengehens mit der SPD befürchten ein »Verwässern« des eigenen programmatischen Profils in der öffentlichen Wahrnehmung. Im Urteil des Bremer Bundestagsabgeordneten Müller-Hermann wird die Koalition vornehmlich durch das Vertrauen zu Bürgermeister Kaisen und die Sorge um die Bremer Häfen möglich.



Pressekonferenz nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954: Der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France, Bundeskanzler Konrad Adenauer, der britische Außenminister Anthony Eden und der amerikanische Außenminister John Foster Dulles (v. li. n. re.). © picture-alliance / UPI

STANDPUNKT



»Sachliche Zusammenarbeit tut Not«, Artikel von Jules Eberhard Noltenius im Weser-Kurier vom 02.03.55. © Weser-Kurier



CDU-Plakat unweit des Industriehafens zur Bundestagswahl 1957. © StAB (Diemer)



li: Erich Zander (1906-1985), hier auf einem Wahlplakat zur Bundestagswahl 1961, amtiert von 1955-1959 als Senator für Justiz und Verwaltung re: Jules Eberhard Noltenius (1914-1992) auf einem Wahlplakat zur Bürgerschaftswahl 1959. © KAS/ACDP, Plakatsammlung

DAS WHO IS WHO DER BREMER CDU:

JULES EBERHARD NOLTENIUS (16.06.1908-07.08.1978)

Noltenius entstammt einer alteingesessenen Bremer Familie. Nach dem Besuch des Alten Gymnasiums studiert er 1927 bis 1930 in Freiburg im Breisgau, München und Göttingen Rechtswissenschaften. Nach der Promotion in Freiburg ist er ab 1935 in Bremen als Rechtsanwalt und Justitiar beim Wirtschaftssenator tätig. 1937 wechselt er zur Bremer Handelskammer, als deren Syndikus er ab 1943 und nach seiner Entnazifizierung als »Entlasteter« wieder ab 1948 fungiert. Noltenius gehört zu der Gruppe Bremer Bürger, die sich im April 1945 für eine friedliche Übergabe der Stadt an die britischen Truppen einsetzt. Seit 1950 ist er Mitglied der Bremer CDU und u.a. als ihr Landesschatzmeister tätig, bevor er 1954 zum Landesvorsitzenden gewählt wird. Dieses Amt hat er bis 1968 inne. Noltenius, der zwischen 1956 und 1966 auch dem Bundesvorstand der CDU angehört, ist sechzehn Jahre lang (bis 1971) Mandatsträger in der Bremischen Bürgerschaft. In seine Zeit als Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr (1955-1959) fällt der erste Ausbau der Häfen links der Weser in der Bremer Neustadt.

Jules Eberhard Noltenius stirbt am 07. August 1976 in Bremen. ▶ 3.1



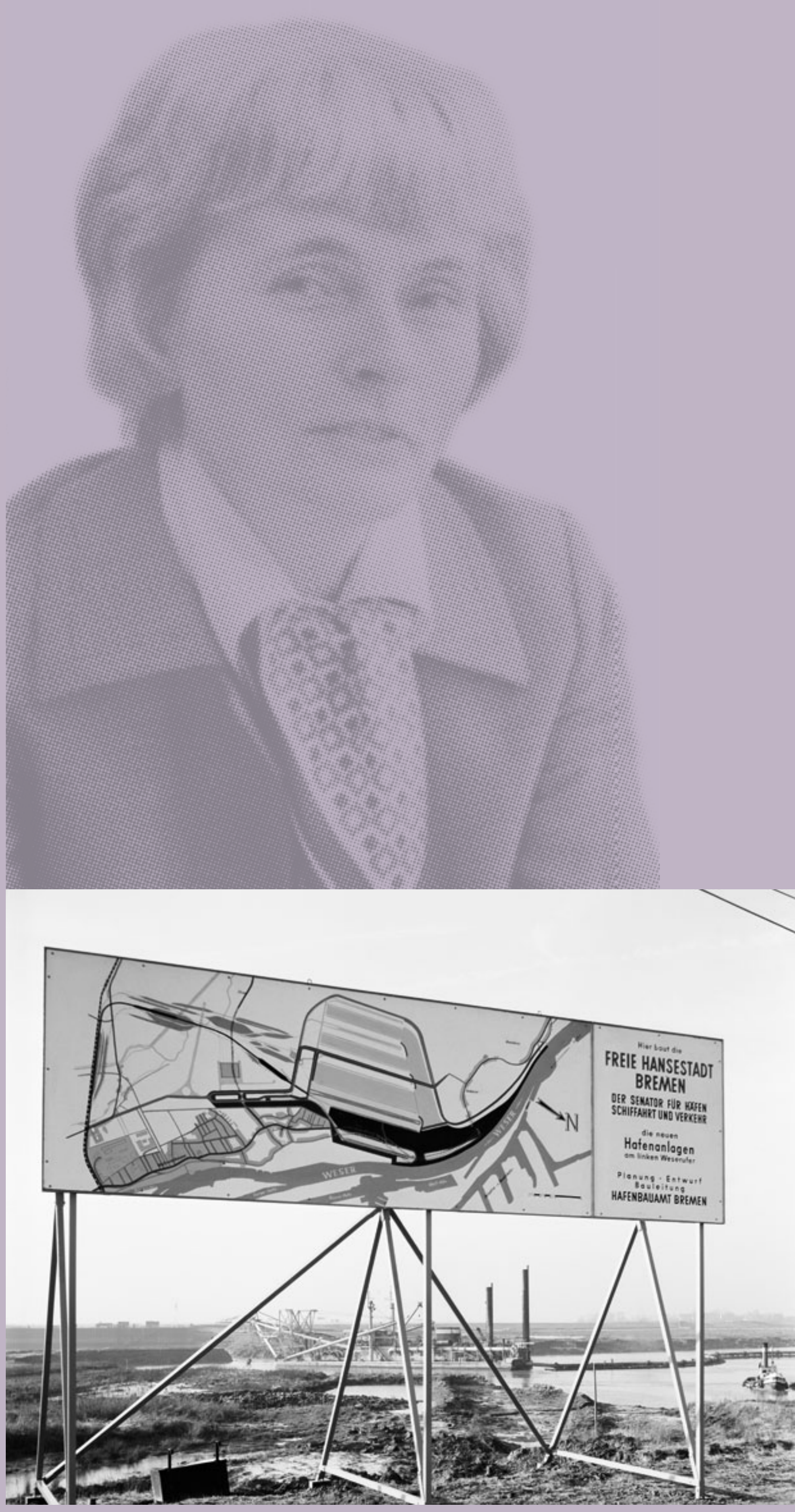
Programm der Christlich-Demokratischen Union

Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materielle Wohlstandsgewinnung in Deutschland die geistige Orientierung wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, ist zu Ende. Auch der Nationalsozialismus musste in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entsprechenden Grundzüge bis zur äußersten Konsequenz durch. Wöhler die Entwürdigung, die weit von Weisheit dieses Jahrhunderts begann, geführt hat. Es ist Zeit, zur Berechtigung des Rechts und zur Anhebung der Macht, zur Verwirklichung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergeltung des Staates und umgekehrtem Ausdruck seines Zwecks. Das Ende ist Verwirklichung und Erfüllung des Staates.

70 Jahre CDU Bremen

ANSICHTEN EINER VOLKSPARTEI: DIE BREMER CDU IN WORT UND BILD (1946-1995)

3.1 OPPOSITION UND WANDEL (1960-1968)



Hafenausbau in der Bremer Neustadt 1963. Als noch amtierender Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr nutzt Jules Eberhard Noltenius die Phase zwischen Bürgerschaftswahlen und Konstituierung des Senats »Kaisen VI« im Dezember 1959, um zukunftsweisende Pläne für den Ausbau der Häfen links der Weser in der Neustadt fertig zu stellen, auf die sein Nachfolger, Georg Borttscheller (FDP), zurückgreift. © LIS / Foto: Hinrich Meyer

Im Dezember 1959 tritt Landesvorsitzender Jules Eberhard Noltenius mit einer befreienden Botschaft vor den CDU-Parlamentarierausschuss: »Ich bin heute in der angenehmen Lage, Sie nicht um die Zustimmung zu einer Koalitionsvereinbarung bitten zu müssen.« - Was war geschehen?

Das politische Gefüge in Bremen hat sich durch die Bürgerschaftswahlen 1959 gewandelt, die CDU verliert zwei Sitze und ist nur noch mit 16 Abgeordneten im Bremer Parlament präsent. Dennoch lädt Bürgermeister Wilhelm Kaisen zu Beratungen über eine Fortsetzung der Großen Koalition ein. Schnell wird klar, dass die Verwirklichung christdemokratischer Inhalte mit nur noch zwei in Aussicht gestellten Senatorenposten bei einer absoluten SPD-Dominanz in Bürgerschaft und Deputationen illusorisch wäre. Die Sorge, in Bremen nur noch als bloßes »Anhängsel« der Sozialdemokraten wahrgenommen zu werden, treibt viele CDU-Mitglieder um. Schließlich raten auch Bonner Parteifreunde der CDU von einer Fortführung der Regierungskoalition ab. Für die CDU stehen die Zeichen auf Opposition!

VOM ZURECHTFINDEN IM POLITISCHEN ALLTAG

Das Einfinden in die Oppositionsrolle fällt der CDU nicht leicht. Im Kern geht es um die Frage, welches Verständnis parlamentarischer Oppositionsarbeit im politischen Alltag wirksam werden soll. Die »alte Garde« um die ehemaligen Senatoren Noltenius und Karl Krammig (im »Senat Kaisen V« kurzzeitig Senator für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen) wollen sich einer überparteilichen Zusammenarbeit mit der Regierung nicht verweigern. Fraktionsvorsitzender Krammig führt hierzu in seiner Antwort auf die Regierungserklärung Wilhelm Kaisens im Februar 1960 aus:

STANDPUNKT

»...keine Partei ist Selbstzweck, sie hat dem Gemeinwohl zu dienen, auch aus der Opposition heraus alles das [zu] unterstützen [...], was dem wohlverstandenen Interesse der Bürger unseres Landes dient.«

Dagegen finden sich in der Partei und in den Reihen der Jungen Union (JU) auch Verfechter einer »harten Opposition«. Die Fehler der Regierung müssten stärker als bisher kritisiert und die eigene Regierungsfähigkeit durch geeignete Alternativvorschläge bewiesen werden.



Tanzveranstaltung der Jungen Union (JU) Ende August 1965 anlässlich der 1000 Jahre Bremens. Ab Mitte 60er Jahre fordert die JU eine stärkere Beteiligung in der programmatischen und tagespolitischen Arbeit der CDU ein. In dieser Zeit stellt die Nachwuchsorganisation noch keinen einzigen Abgeordneten in der Bürgerschaft. Mit der Wahl Bernd Neumanns zum Landesvorsitzenden der JU im April 1967 nimmt auch die Kritik am politischen Führungsstil des Parteivorsitzenden Noltenius zu. © KAS/ACDP, Plakatsammlung

ERNEUERUNG

Erneuerungsbedarf hat die CDU in den Bereichen Wahlkampfstrategien und Bürgermobilisierung. Die Anzahl der Mitglieder liegt 1960 nur noch bei knapp unter 1000 und bewegt

sich damit in einer Größenordnung wie Ende der Vierziger Jahre! Als Glücksfall erweist sich die Wahl des erst 29-jährigen Juristen Johann-Tönjes Cassens zum neuen Landesgeschäftsführer (1962). Cassens zeichnet sich für neue Strategien in der Mitglieder- und Wählerwerbung verantwortlich und trägt so wesentlich zu den Erfolgen bei der Bürgerschaftswahl 1963 (annähernde Verdopplung der Mandate auf 31) und der Wahl zum Bundestag 1965 bei. Unterstützung erhält die CDU, die in den Wahlkämpfen neben Themen aus der Landespolitik die Bedeutung der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der CDU-geführten Bundesregierung für Bremen betont, u.a. durch den »Vater der sozialen Marktwirtschaft«, Kanzler Ludwig Erhard.



Kanzler Ludwig Erhard, hier noch als Wirtschaftsminister bei einem Wahlkampfbesuch in Bremen 1959, unterstützt die Bremer Parteifreunde auch als Bundeskanzler. Vor der Bundestagswahl 1965 spricht er am 10. September vor 10.000 Zuhörern auf dem Domshof. © STAB, Fotograf: Karl Edmund Schmidt

BÜRGERNAHE PARTEIARBEIT

Trotz dieser Wahlerfolge ist es der CDU bislang nicht gelungen, nennenswerte Stimmengewinne außerhalb der bürgerlichen Wählerklientel zu erzielen. Landesgeschäftsführer Cassens und seine Mitstreiter nehmen den Anspruch der CDU, Volkspartei aller sozialen Schichten zu sein, ernst und möchten dies ändern. Ausgesprochene »SPD-Hochburgen« wie der Bremer Westen müssten organisatorisch und personell besser »erfasst« werden. Am deutlichsten äußert sich dieses neue Politikverständnis während des Bürgerschaftswahlkampfes 1967: Cassens verpflichtet die Kandidaten zu einem Soll von 3.000 Hausbesuchen, gerade auch in Stadtteilen, in denen die CDU bisher kaum präsent war! Marianne Hänecke, seit 1963 Abgeordnete in der Bremischen Bürgerschaft erinnert sich:

»Einige schlossen die Tür wieder, als sie „CDU“ hörten. Aber die Hausbesuche sind teilweise auch ganz gut angekommen. Ich habe bei einigen Bewohnern, die ich kannte, nachgefragt, und sie sagten mir, um sie hätte sich noch nie eine Partei gekümmert, ich sei die erste gewesen.«

Die Aktivierung der Parteiarbeit und der Mitgliederwerbung (1964 bereits wieder 1.309 Mitglieder) konvergieren nun erstmals mit den Forderungen der JU nach einem modernen Politikstil. Damit geht innerhalb des parlamentarischen Tagesgeschäfts eine stärkere Ausrichtung auf den Kurs der »harten Opposition« einher. Auch die Parteispitze um Jules Eberhard Noltenius kann sich dem Druck der Basis nicht verschließen. Die griffige Meldung des »Weser-Kuriers« nach einem CDU-Parteitag im Mai 1966 sehen Sie links.



»CDU kündigt verschärfte Opposition im Rathaus an«, Weser-Kurier vom 9. Mai 1966. © Weser-Kurier



3.2 OPPOSITION UND WANDEL (1960-1968)

»VERSCHÄRFTE OPPOSITION«

An geeigneten »Kritikpunkten« an der SPD-dominierten Bremer Landespolitik fehlt es in den 60er Jahren nicht: Schon im Wahlkampf 1963 kritisiert die CDU die Verschwendung von Steuergeldern für den Bau der »Prestigeobjekte« Bremische Bürgerschaft und Stadthalle. Auch fordert sie eine Verschlan- kung der Verwaltung und kritisiert eine einseitige Bevorzu- zung des sozialen Wohnbaus. Statt dessen setzt sie sich für die Realisierung einer einkommensgerechten, familienfreund- lichen Wohnungspolitik ein.

Ab Mitte der 60er Jahre erhält der »Dauerbrenner« Bildungs- politik durch die Diskussionen um die Gründung der Universität Bremen weiter Zunder: Anstelle einer klassischen Ordinari- universität leiten die SPD-Bildungssenatoren Willy Dehnpkamp und Moritz Thape die Gründung einer Reformuniversität ein, die dem bildungspolitischen Geist der 68er-Bewegung ver- pflichtet ist. Mehrere Gründungssenate und -ausschüsse legen im Streit um die Organisationsform, die Finanzierung und die Besetzungen der Professorenposten ihre Arbeit nieder. Die CDU kritisiert die »Drittelparität« zwischen Studenten, Professoren und Dienstleistern, die fragwürdige Berufs- praxis und insgesamt die einseitig marxistische Ausrichtung der Universität. Vehement fordert sie die Sicherung der aka- demischen Freiheit und die Qualität der Lehre an der neuen Lehranstalt ein.

Im Wahlkampf zur Bürgerschaft 1967 thematisiert die CDU schließlich die enge Verflechtung zwischen Politik und Wirt- schaft, für die in Bremen der SPD-Abgeordnete Richard Boljahn wie kein zweiter steht. Boljahn, seit 1951 mächtiger Fraktions- vorsitzender der SPD, muss sich aufgrund seiner zahlreichen Ämter in Politik, Gewerkschaft und Wirtschaft den Spitzna- men »König Richard« gefallen lassen. Als Motto für den Wahl- kampf ergänzt die CDU deshalb ihr Motto »Aktion 67« um den Slogan »16 Jahre Boljahn sind genug!«

Die CDU erzielt bei der Bürgerschaftswahl 1967 weitere Stim- mengewinne und ist mit nunmehr 32 Abgeordneten im Parla- ment vertreten. Zwar konnte die absolute Mehrheit der SPD »gekippt« werden, diese bleibt jedoch in einer Koalition mit der FDP unter dem neuen Regierungschef Hans Koschnick auch die nächsten vier Jahre Regierungspartei.

»OPAS CDU IST TOT!«

Ein Generationenwechsel kündigt sich auf dem außerordent- lichen Landesparteitag im Oktober 1968 an. Bezeichnen- derweise eskalieren die Gegensätze anhand eines Genera- tionenthemas: Noltenius wehrt sich hartnäckig gegen eine Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, eine Änderung, die zahlreiche Parteimitglieder, vor allem aber die Junge Uni- on (JU) um ihren Landesvorsitzenden Bernd Neumann nach- drücklich fordern.

Auf dem Landesparteitag stellt die JU daraufhin die Personal- frage. In einer Kampfabstimmung unterliegt Noltenius seinem Gegenkandidaten Ernst Müller-Hermann mit 53 zu 59 Stim- men. Zum neuen Stellvertretenden Landesvorsitzenden wäh- len die Delegierten Hans-Ludwig Kulenkampff, neuer Vorsit- zender des Parteiausschusses wird Johann-Tönjes Cassens.

Den Wechsel an der Parteispitze, der als »Revolution gegen das Establishment« in die mediale Berichterstattung eingeht, kommentiert der neue Parteivorsitzende Ernst Müller-Her- mann mit den deutlichen Worten: »Opas CDU ist tot!«

STANDPUNKT

»Jules Eberhard Noltenius war immer stolz darauf, noch nie die Landesgeschäftsstelle betreten zu haben. Partei war so etwas, was wohl sein musste, aber Parteiarbeit, wie wir uns das heute vorstellen, gab es nicht. Es musste sich etwas än- dern. Das war unsere erste Zielsetzung. Eine Partei muss sich öffnen, von einer Partei muss etwas ausgehen, es müssen kritische Diskussionen möglich sein.«

► Bernd Neumann, 1968 Landesvorsitzender der JU, erinnert sich 1986 an den von ihm forcierten Führungswechsel in der Bremer CDU.

DAS WHO IS WHO DER BREMER CDU:

MARIANNE HÄNECKE (13.07.1930)



Marianne Hänecke
© STAB

Die gebürtige Bremerin und ausgebildete Krankenschwes- ter ist bei ihrer ersten Wahl in die Bremische Bürgerschaft die jüngste Abgeordnete des Parlaments und eine der ers- ten weiblichen CDU-Vertreterinnen in der Bürgerschaft über- haupt. Hänecke, Mitbegründerin der Verbraucherzentrale in Bremen, arbeitet im Laufe ihrer 24jährigen Mitgliedschaft im Bremer Parlament in verschiedenen Deputationen und Aus- schüssen mit, darunter als stellvertretende Sprecherin der De- putation für das Gesundheitswesen. Als Vorsitzende der Lan- desfrauenvereinigung der CDU (1967-1972) veranstaltet sie u.a. Nachmittage für Bürgerinnen, um Frauen im politischen Feld eine Stimme zu geben. Die Sprecherin der CDU für Gesund- heit und Soziales ist bei der Bürgerschaftswahl 1971 Mitglied im Spitzenteam des Bürgermeisterkandidaten Johann-Tönjes Cassens und gilt als »soziales Gewissen« der Bremer CDU.

Marianne Hänecke lebt in Bremen.



CDU-Plakat auf dem Bahnhofplatz zur Bürgerschaftswahl 1963.
© StAB (Schmidt)



Erstes Richtfest der Universität Bremen, 1970.
Angestellte des Universitätsbauamtes.
© LIS / Foto: Ulrich Ohm



Programm der Christlich-Demokratischen Union

Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materielle Weltanschauung in Deutschland die geistige überlagerte wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur herabsetzte, ist zu Ende sein. Auch der Nationalsozialismus musste in dieser Weltanschauung, er führte die ihr entsprechenden Grundsätze bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin die Entartung, die weit von Weisheit dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, leben wir; zur Verachtung des Rechts und zur Inhabung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergeltung des Staates und ungehemmter Ausbeutung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates.

70 Jahre CDU Bremen

ANSICHTEN EINER VOLKSPARTEI: DIE BREMER CDU IN WORT UND BILD (1946-1995)

4.1 AUF DEM WEG ZUR MODERNEN MITGLIEDERPARTEI (1969-1979)

GRUNDSATZPROGRAMM STATT WAHLPROGRAMM

Seit Ende der 60er Jahre hat sich der gesellschaftliche Anspruch an die Volksparteien verändert. In Zeiten intensiver politischer Debatten zwischen »linken« und »rechten« Vorstellungen verlangen die Bürger von den Parteien Grundsatzaussagen und Lösungsvorschläge, die nicht mehr nur das politische Tagesgeschäft »bedienen«. Die Bundes-CDU beschließt bereits 1968 im so genannten »Berliner Programm« ein Grundsatzdokument von zukunftsweisender Bedeutung. Die Bremer Parteifreunde ziehen 1971 mit einem eigenen Programm nach.

In weiten Bereichen atmet das Bremer Dokument den Geist des »Berliner Programms«: Staatsbürger sollen sich stärker als bisher an der politischen Meinungsbildung beteiligen können und »Parteien müssen sich als Forum der Aussprache verstehen« wie es im Programm der Bundes-CDU heißt. In der Schulpolitik wird das Recht des Einzelnen auf Bildung nach Begabung und Leistung gefordert und Schulexperimenten unter der Zielrichtung ideologischer »Gleichmacherei« eine klare Abfuhr erteilt.

Doch enthält das Bremer Programm auch wichtige »Bremen-Spezifika«: Zentral ist das uneingeschränkte Bekenntnis der Partei zum Erhalt der Bremer Selbstständigkeit. Da diese maßgeblich von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Bundeslandes abhängt, fordert die CDU eine Förderung von Industrieansiedlungen und mittelständischen Betrieben. Erste Anzeichen des Strukturwandels in den Wirtschaftsbereichen Hafen und Logistik begegnet die Partei mit der Forderung nach Entwicklungsplänen, die eine Erhöhung sicherer Arbeitsplätze gewährleisten sollen.

»CASSENS UND SEINE MANNSCHAFT«

Im Wahlkampf 1971 zeigen sich die Bremer CDU-Kandidaten für die Bürgerschaft so bürgernah wie noch nie. Spitzenkandidat Johann-Tönjes Cassens und seine »Mannschaft« werden auf Wahlplakaten unter Angabe ihres biografischen Werdegangs, ihrer Interessen und der jeweiligen fachlichen Expertisen präsentiert – der Bürger soll sich ein umfassendes Bild von den Kandidaten machen können.

Bei der Wahl gelingt der Bremer CDU erstmals der Sprung über die 30%-Marke! Der personelle Verjüngungsprozess setzt sich weiter fort. Erstmals gehören fünf Vertreter der Jungen Union (JU) dem Bremer Parlament an. Landesvorsitzender Bernd Neumann wird auf Anhieb stellvertretender Fraktionsvorsitzender und übernimmt ab Oktober 1973 sogar deren Vorsitz.

UNTERNEHMERGEIST UND MITGLIEDERZUWACHS

Als zweite Kraft neben der Jungen Union macht sich seit Anfang der 70er Jahre eine Gruppe von Bremer Unternehmern für die Belange der CDU stark und gewinnt innerparteilich an Einfluss. Dem erst 37-jährigen Jungunternehmer Uwe Hollweg gelingt es in den Kreisen der traditionell liberal eingestellten Bremer Kaufmannschaft erfolgreich für die Bremer CDU zu werben. Als Motivation für ein Engagement in der Partei, der er 1971 selbst beitrifft, verweist Hollweg im Nachhinein auf die damaligen sozialliberalen Regierungsexperimente in Bund und Ländern:

STANDPUNKT

»Anlass war die sozialliberale Koalition; dass Walter Scheel damals von seinen Leuten in Schleswig-Holstein verlangte, mit dem roten Steffen zu koalieren. Und das war für uns, an

sich liberale Bremer Kaufleute, ein Signal, dass wir uns engagieren müssen.«

► Uwe Hollweg zum Hintergrund seines Engagements für die CDU

Auch neue Strategien der Mitgliederwerbung tragen zu einer wahren »Beitrittswelle« bei: Die Anzahl der Parteimitglieder wird im Laufe von nur sechs Jahren mehr als verdoppelt! Von 1.398 (1970) auf 3.544 Mitglieder im Jahre 1976.

»HUMANE GESELLSCHAFT« UND »BASISARBEIT IM VORPARLAMENTARISCHEN RAUM«

Nachdem die Partei bei der Bundestagswahl 1972 die 30%-Marke knapp verfehlt hat, nutzt die Bremer CDU die Phase bis zu den Bürgerschaftswahlen 1975 um den Prozess der programmatischen Erneuerung konsequent fortzusetzen. Schon ab November 1972 erarbeitet ein Aktionsausschuss »Bürger-nahe CDU« ein Organisationskonzept zu Grundsätzen einer christlich-demokratischen Politik in Bremen. Wieder ist es die JU, die in der Programmarbeit eine Fülle zukunftsweisender Vorschläge einbringt. Viele ihrer Anträge werden auf dem außerordentlichen Parteitag im August 1973 angenommen: Als »Sprachrohr der Bürger« soll sich die Partei intensiv in den vorparlamentarischen Raum einbringen, Bürgerinitiativen begleiten oder im Zweifel sogar selbst gründen. Das Konzept einer »humanen Gesellschaft« gilt hierbei als Grundsatzentwurf und Antipode zum sogenannten »demokratischen Sozialismus«.



»Offen für jedes Gespräch. Quer durch alle Schichten« - Plakatschlag der JU im Herdentorsteinweg im November 1973. © StAB (Junker)

STANDPUNKT

Das Konzept der freiheitlichen und »humanen Gesellschaft« orientiert sich an der Selbstverantwortung der Person, der Leistungsbereitschaft, der Solidarität, der individuellen Freiheit, der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit.

► Aus der Beschlussfassung über den Antrag der Jungen Union (»Konzentration auf Gesellschaftspolitik«) zum außerordentlichen Parteitag 1973.



IV. Reform der Demokratie

24.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der freiheitliche soziale Rechtsstaat der deutschen Nation. Die deutsche Demokratie muß gestärkt werden, damit sie die Aufgaben der Zukunft erfüllen kann. Der Staatsbürger muß sich stärker an der politischen Meinungsbildung beteiligen können; die Parteien müssen sich als Forum der Aussprache verstehen. Der Staat muß die öffentlichen und privaten Rechte des Bürgers einschneiden zu schützen. Wir anerkennen die Rolle der gesellschaftlichen Gruppen und organisieren Interessen der Staat muß dem kulturell-gesellschaftlichen und politischen Mächte wirksam entgegenwirken und die gemeinsame Wohl fördern und schützen. Das höchste Engagement, insbesondere der jungen Generation, ist ein notwendiger Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Demokratie. Dieses Engagement muß sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung entfalten.

»Der Staatsbürger muss sich stärker an der politischen Meinungsbildung beteiligen können,...«. Aus dem Berliner Programm von 1968 (1. Fassung). Die Themen Bürgerbeteiligung und Demokratisierung sind auch entscheidende Inhalte des Grundsatzprogramms der Bremer CDU von 1971. © KAS/ACDP 07-001-22059



Programatische Grundsatzentscheidungen in Zeiten der Sozialliberalen Koalition im Bund: Wahlkampf zur Bundestagswahl 1972 im Haus der Bürgerschaft, Dr. Dieter Klink (SPD), Dr. Johann-Tönjes Cassens (v. li.) © StAB, Fotograf: Karl Edmund Schmidt.



Bürgerschaftswahl 1971: Spitzenkandidat Johann-Tönjes Cassens und seine »Mannschaft« stellen sich vor. © KAS/ACDP, Plakatsammlung



4.2 AUF DEM WEG ZUR MODERNEN MITGLIEDERPARTEI (1969-1979)

INTENSIVIERUNG DER POLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG

Mit der Schärfung des eigenen programmatischen Profils geht eine intensivere Auseinandersetzung mit dem politischen Hauptgegner, der SPD, einher. Fraktionsvorsitzender Bernd Neumann gibt im Oktober 1973 die neue Richtung im »Weser-Report« vor: »Die Arroganz ihrer Macht ist unerträglich. Der ständige Missbrauch ihrer Macht muss gebrochen werden, denn die Funktionen der SPD nähern sich im beängstigenden Maße dem Einparteiensstaat.«

AUFBRUCH

Auf dem Landesparteitag im Mai 1974 bringt die CDU den bereits Ende der 60er Jahre eingeleiteten Verjüngungsprozess zu einem vorläufigen Abschluss. Uwe Hollweg, zu diesem Zeitpunkt gerade erst drei Jahre Parteimitglied, wird nach intensiven Debatten zum neuen Landesvorsitzenden gewählt! Für die kommenden Jahre etabliert sich eine effektive Arbeitsteilung zwischen der »Hollweg-Gruppe« (Partei) und den aus der Jungen Union (JU) hervorgegangenen politischen Akteuren um Bernd Neumann, Reinhard Metz und Wedige von der Schulenburg (Fraktion): Während sich die Fraktion zu landespolitischen Themen äußert, nimmt der Landesvorstand zu überregionalen und innerparteilichen Angelegenheiten Stellung.

DAS WHO IS WHO DER BREMER CDU:

UWE HOLLWEG (13.10.1937)



Uwe Hollweg während seiner Zeit als Landesvorsitzender der CDU Bremen (1974-1979).
© Willy Pilzecker

Uwe Hollweg kommt als Sohn eines Unternehmers in Bremen zur Welt. Nach Erwerb der Mittleren Reife und einer Ausbildung im kaufmännischen Bereich übernimmt er früh unternehmerische Verantwortung. Bereits im August 1956 tritt er als persönlich haftender Gesellschafter in die Firma seines Vaters ein. Hollweg ist als Geschäftsführer in unterschiedlichen Unternehmenszweigen tätig und übernimmt darüber hinaus von 1969 bis 1971 den zweiten Vorsitz des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU). Seit 1971 ist Hollweg Mitglied der CDU und in verschiedenen Ausschüssen vertreten. Als Motor einer Werbekampagne unter der Bremer Kaufmannschaft zeichnet er maßgeblich für den Mitgliederzuwachs in den 70er Jahren verantwortlich. 1974 wird er zum Landesvorsitzenden gewählt und mehrfach im Amt bestätigt, bevor er 1979 aus Protest gegen die Nominierung von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union zurücktritt. Von 1975 bis 1979 und 1983 bis 1991 ist Hollweg Mitglied der Bremischen Bürgerschaft.

Gemeinsam mit seiner Frau gründet Hollweg eine Stiftung, die gemeinnützige Organisationen in den Bereichen der Kunst, der Kultur und der Denkmalpflege unterstützt. Für ihr kulturpolitisches Engagement erhält das Ehepaar Hollweg 2011 die Maecenas-Ehrung des Arbeitskreises selbstständiger Kulturinstitute e.V. (AsKI).

Seit 2003 ist Uwe Hollweg Ehrenbürger seiner Heimatstadt, in der er bis heute lebt.

»EINE FRAKTION IN AKTION«

Unter dem Motto »Eine Fraktion in Aktion« löst die CDU auch im Wahlkampf 1975 den Anspruch ein, als bürgernaher Ansprechpartner in allen gesellschaftlichen Bereichen präsent zu sein: Die CDU-Abgeordneten besuchen Stadtteile, öffentliche Einrichtungen, Vereine und Verbände, um sich vor Ort über die Belange der Bürger zu informieren. Ein Aktionsprogramm analysiert alte Missstände mit neuer Schärfe darunter die »Machtverfilzung und Parteibuchwirtschaft« der mittlerweile bald drei Jahrzehnte in Bremen regierenden SPD. Auch die der freien Lehre abträglichen »Experimente« in der Bildungspolitik (Bremer Universität) werden kritisiert.



Einladung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) Bremen zu einer Rede Dr. Bernhard Vogels an der Universität Bremen 1975. Seit Anfang der 70er Jahre ist der neu gegründete Bremische Landesverband des RCDS an der Universität Bremen präsent. Im links-ideologischen Klima haben die christdemokratischen Studenten keinen leichten Stand – bei der Gründungsversammlung etwa kommt es zu Übergriffen auf den Bundesvorsitzenden Gerd Langguth und den ersten Landesvorsitzenden Helmut K. Piper. Dennoch erarbeitet sich der RCDS Bremen nationale Aufmerksamkeit und kann eine Reihe »hochkarätiger« Politiker als Vortragende und Diskussionssteilnehmer gewinnen.
© KAS/ACDP, Plakatsammlung

WAHLEN UND NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN

Bei der Wahl zur Bremischen Bürgerschaft 1975 setzt die CDU vornehmlich auf landespolitische Themen und erzielt mit 33,8% der Stimmen das bisher beste Ergebnis seit ihrer Gründung. Trotz eines Zugewinns von 2,2% sieht die Partei weiterhin »Luft nach oben«. Zwar kann die CDU auch in klassischen »Arbeiterquartieren« mehr Stimmen auf sich vereinen, allerdings zeigen Analysen der Konrad-Adenauer-Stiftung: Die Zugewinne unter der Arbeiterschaft sind organisatorisch immer noch zu wenig untermauert. Trotzdem etabliert sich die CDU in den 70er Jahren mit Ergebnissen deutlich jenseits der 30%-Marke zur entscheidenden Oppositionspartei im politischen Spektrum Bremens.



Bürgerschaftswahl am 28.09.1975, Wahlkampfstand der CDU auf dem Ansgarikirchhof.
© StAB (Junker)



Bürgerschaftswahl am 28.09.1975, Pressekonferenz im Haus der Bürgerschaft, Bernd Neumann am Mikrofon.
© StAB (Junker)



Die CDU will ein neues, ein anderes Deutschland aufbauen. Die Epoche, in der die materiellste Weltanschauung in Deutschland die geistige überlagerte wurde, Staat, Wirtschaft und Kultur beherrschte, soll zu Ende sein. Auch der Sozialmaterialismus muss in dieser Weltanschauung, er führt die ihr entsprechenden Grundzüge bis zur äußersten Konsequenz durch. Wohin die Entwicklung, die seit dem Beginn dieses Jahrhunderts begann, geführt hat, leben wir: zur Beherrschung des Rechts und zur Beherrschung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergeltung des Staates und ungeliebten Ausbeutung seines Bereichs. Das Ende ist Vernichtung und Auflösung des Staates.

4.3 AUF DEM WEG ZUR MODERNEN MITGLIEDERPARTEI (1969-1979)

»KONSEQUENTE OPPOSITION«

Schwerpunkte oppositioneller Kritik der CDU in der Bremischen Bürgerschaft sind in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Schul- und Finanzpolitik des Senats. Unter dem Motto »Bildung in Freiheit. Bessere Schulen für unsere Kinder« spricht sich die Partei für ein differenziertes Schulsystem aus. Den Plänen des Senats nach Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule in Bremen erteilt sie eine klare Absage.

In der Finanz- und Wirtschaftspolitik tritt die CDU mit Plänen zu einer rigiden Sparpolitik in der Verwaltung hervor. Um den Wirtschaftsstandort Bremen im Strukturwandel zu erhalten, müssten Investitionsklima und Wirtschaftsstruktur ebenso gestärkt werden wie der Mittelstand.

»FREUNDKREIS FRANZ JOSEF STRAUSS« UND RÜCKTRITT UWE HOLLWEGS

Noch vor der Bürgerschaftswahl 1979 erlebt die Bremer CDU einen Paukenschlag: Uwe Hollweg stellt sein Amt als Landesvorsitzender Anfang Juli zur Verfügung! Anlass ist die Nominierung des Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß (CSU) zum Kanzlerkandidaten der Union bei den Bundestagswahlen 1980. Hollweg hatte sich wie die gesamte Bremer CDU-Führung und die meisten norddeutschen Landesverbände für den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht ausgesprochen. Einen Kanzlerkandidaten Strauß kann Hollweg als Landesvorsitzender nicht mittragen, seine Begründung: Er mache sich sonst »unmöglich«.

Für die Bremer CDU ist der Name Franz Josef Strauß zu diesem Zeitpunkt jedoch noch aus anderem Grund zum Symbol für innerparteilichen Zwist geworden. Der Generationswechsel und die thematische Schwerpunktverlagerung in der Programmarbeit hat unter manch altgedientem CDU-Mitglied Verärgerung ausgelöst. So verliert der langjährige Bundestagsabgeordnete Karl Krammig seinen »sicheren« Kandidaten-Platz für die Bundestagswahl 1972 in einer Kampfabstimmung an Bernd Neumann. Krammig gilt als Vertrauter von Franz Josef Strauß und ist der zentrale Protagonist des im Sommer 1975 gegründeten »Freundeskreis Franz Josef Strauß e.V.« Die Chance, mit der Unterstützung aus München programmatisch weiter »rechts« agieren und das politische Geschehen wieder stärker beeinflussen zu können, lässt einige Mitglieder des »Freundeskreises« sogar mit der Gründung einer CSU-Dependance in Bremen liebäugeln! Solche Bemühungen erweisen sich letztlich jedoch als unrealistisch.

Bernd Neumann wird am 11. Juli 1979 einstimmig auf einem Parteitag zum neuen Parteivorsitzenden gewählt.



Wahlplakat auf einer Straßenbahn anlässlich der Bürgerschaftswahl 1979.
© StAB (Junker)

DAS WHO IS WHO DER BREMER CDU:

BERND NEUMANN (06.01.1942)



Bernd Neumann beim Staatsbesuch der englischen Königin Elisabeth II in Bremen und Bremerhaven am 26.05.1978.
© LIS / Foto: Klaus Hoenke

Bernd Neumann wird im westpreußischen Elbing geboren. Nach der Vertreibung lebt die Familie ab 1953 in Bremen. Neumann besucht hier das Gymnasium und absolviert nach Abitur und Wehrdienst von 1963 bis 1966 ein Lehramtsstudium an der Pädagogischen Hochschule. Anschließend ist er bis 1971 als Lehrer in Bremen-Nord tätig. Bereits 1962 tritt er der CDU bei und engagiert sich in der Jungen Union (JU), als deren Landesvorsitzender er von 1967-1973 amtiert. Zwischen 1971 und 1973 ist er zudem ihr stellvertretender Bundesvorsitzender. Ab 1971 gehört er der Bremischen Bürgerschaft an (bis 1987). Nach Übernahme des Fraktionsvorsitzes gibt er 1973 seine Ämter in der JU auf. Neumann ist maßgeblich für die Verjüngung der CDU und Erneuerungen in Programmatik und Parteiarbeit verantwortlich. Die Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner gewinnen unter dem Fraktionsvorsitzenden Neumann an Schärfe – die Bremer CDU positioniert sich mit ihm als Spitzenkandidat zur ernst zu nehmenden Regierungsalternative zur SPD. Nach dem überraschenden Rücktritt Uwe Hollwegs übernimmt er ab 1979 auch den Landesvorsitz der CDU, den er bis 2008 inne hat. Damit ist Neumann bis heute der am längsten amtierende Landesvorsitzende der CDU!

Von 1987 bis 2013 ist Neumann Mitglied des Bundestages und profiliert sich als anerkannter Medienfachmann. 1990 beauftragt Bundeskanzler Helmut Kohl ihn im Vorfeld der letzten Volkskammerwahlen in der DDR als Berater die »Allianz für Deutschland« zu unterstützen, zu deren Wahlsieg Neumann einen wichtigen Beitrag leistet. 1990 wird Neumann zum Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung ernannt. Er hat das Amt bis 1998 inne. Anschließend ist er u.a. als Obmann des Ausschusses für Kultur und Medien der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag tätig. 2005 folgt schließlich die Ernennung zum Staatsminister im Bundeskanzleramt und Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, ein Amt, das er bis Ende 2013 ausübt. Neumann erwirbt sich durch seinen Einsatz für die Förderung der Kultur Anerkennung bei Kulturschaffenden und selbst bei der Opposition.

Neumann, 2011 mit der Ehrendoktorwürde der Universität Pécs (Ungarn) ausgezeichnet, ist seit 2008 Ehrenvorsitzender der Bremer CDU.

Bernd Neumann lebt in Bremen.



Wahlkundgebung der CDU in der Bremer Stadthalle 1976.
Helmut Kohl und Uwe Hollweg.
© StAB (Junker)



Pressekonferenz der Bremer CDU-Führung zum »Freundeskreis Franz Josef Strauß e.V.«, 1975. V. re.: Uwe Hollweg, Vincenz Fokken, Reinhard Metz, Bernd Neumann, Wedige von der Schulenburg.
© StAB, Fotograf: Klaus Sander



5.1 IM ZEICHEN DES WANDELS (1980-1989)



Bremen Osterdeich – Wehrdienstgegner demonstrieren teilweise friedlich, teilweise gewaltsam gegen das öffentliche Gelöbnis von Bundeswehr-Rekruten im Weserstadion (Mai 1980).
© LIS / Foto: Herbert Abel

Das gesellschaftspolitische Klima zu Beginn der 80er Jahre ist geprägt von Angst und Auseinandersetzungen. Bedrohungsszenarien entspinnen sich aus der zunehmend aggressiveren Konfrontation zwischen USA und UdSSR und ihren Verbündeten. Die Angst vor einem Übergang vom »Kalten« zum »Heißen« Krieg gewinnt angesichts der atomaren Schlagkraft und der Nachrüstungsanstrengungen der beiden Blöcke (u.a. NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979) eine existentielle Dimension. In der Bundesrepublik erhält die Friedensbewegung Zulauf. Friedenskundgebungen, Menschenketten und Hausbesetzungen sind an der Tagesordnung.

Am Abend des 6. Mai 1980 entladen sich die gesellschaftlichen Spannungen, die sich um die Frage der Nachrüstung aufgebaut haben, in Bremen. Ein feierliches Gelöbnis für 1.200 Rekruten im Weserstadion endet in einer Gewaltorgie. Auf dem Osterdeich liefern sich hunderte Gewalttäter stundenlange Straßenschlachten mit der Polizei. Mehr als 250 Polizisten und zahlreiche Demonstranten werden verletzt. Bremen erlangt bundesweit traurige Aufmerksamkeit. Die CDU spricht den SPD-Senatoren Fröhlich (Inneres) und Scherf (Jugend) sowie Bürgermeister Koschnick ihr Misstrauen aus. Ihre Misstrauensanträge werden jedoch erwartungsgemäß von der SPD-Stimmenmehrheit in der Bürgerschaft abgelehnt. Parallel zur politischen Aufarbeitung der Auseinandersetzung setzt sich Parteichef Bernd Neumann für einen kritischen Dialog mit der Jugend ein.

»BREMENS ZUKUNFT MEISTERN...«

Der Wahlkampf zur Bürgerschaft 1983, den die CDU zum dritten Mal in Folge mit dem Spitzenkandidaten Bernd Neumann bestreitet, steht unter neuen bundespolitischen Vorzeichen. In Bonn regiert die in der Bundestagswahl im März bestätigte Koalition aus CDU und FDP unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Das schon Ende der 70er Jahre ergangene Angebot der CDU an Bürgermeister Koschnick, in existentiellen Bremer Fragen konstruktiv in allen Gremien mitzuarbeiten, erhält durch den Regierungswechsel in Bonn neues Gewicht.

Die SPD wiederum regiert in Bremen seit 1971 mit absoluter Mehrheit und muss sich angesichts der desolaten Haushaltslage des kleinsten Bundeslandes von den Christdemokraten

heftige Vorwürfe gefallen lassen: Die CDU kritisiert u.a. die zu kosten- und personalintensive Verwaltung und präsentiert tiefgreifende Vorschläge zu Einsparungen, die selbst vor einer Reduktion der Senatorenposten von 13 auf 9 nicht halt machen.

Den Strukturwandel habe die Regierung viel zu lange ignoriert. Die CDU setzt sich einerseits für ein »Strukturprogramm Küste« ein und will sich hierbei für die Hilfe des Bundes stark machen. Alternative Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich und in der Forschung sollen geschaffen, der Mittelstand durch gezielte Förderprogramme unterstützt werden. Gleichzeitig gelte es, die Häfen durch eine optimale Verkehrsanbindung in ihrer Leistungsfähigkeit zu verbessern.

WERFTENSTERBEN UND BÜRGERSCHAFTSWAHL 1983

Noch vor der Bürgerschaftswahl Ende September zeigt die Schließung der traditionsreichen A. G. »Weser« - Werft in Gröpelingen den fundamentalen Bedarf einer innovativen Arbeitsmarktpolitik für Bremen auf drastische Weise an. Die A.G. »Weser« ist u.a. in Folge eines ruinösen Wettbewerbs und einer Überkapazität in der Werftbranche nicht mehr konkurrenzfähig. Das enge Geflecht aus Wertangehörigen, Gewerkschaften und SPD kann das Aus nicht verhindern. Demonstrativ gibt der Betriebsratsvorsitzende Hans Ziegenfuß nach über 35jähriger SPD-Mitgliedschaft sein Parteibuch zurück! Die Beschäftigten besetzen ihren Betrieb und fordern zur Abwahl der SPD-Regierung auf.



Mitarbeiter der A. G. »Weser« besetzen am 19. September 1983 aus Protest gegen die geplante Schließung des Werftgelände.
© StAB, Fotograf: Peter F. Meyer

Vor diesem Hintergrund ist das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen 1983 überraschend: Die SPD kann ihre absolute Mehrheit verteidigen und legt gegenüber den letzten Wahlen zum Bremer Parlament sogar um 1,4 % zu. Auch die CDU verbessert ihr Wahlergebnis von 1979. Sie kommt auf 33,3 % der Stimmen und stellt unter Fraktionschef Neumann nunmehr 37 Abgeordnete in der Bürgerschaft. Nach der Schließung der A.G. »Weser« mag der Wahlerfolg der SPD bei der CDU Verwunderung hervorgerufen haben, dennoch nimmt sie das Wächteramt der Opposition engagiert an. In ihrer Kritik an der Regierungserklärung Hans Koschnicks bemängelt die CDU-Fraktion nicht nur das völlige Fehlen wichtiger Themenbereiche (u.a.: Bau, Wohnung, Verkehr und Häfen), sie fasst auch ihr Selbstverständnis als politischer Akteur selbstbewusst zusammen:

STANDPUNKT

»Wir sind keine Mitregierung, sondern der Anwalt der durch die SPD nicht repräsentierte Hälfte der Wähler«

► CDU-Fraktion, Presse-Information Nr. 83, vom 7.12.83



»Schulden, Arbeitslosigkeit, Mammutschulen«, CDU-Plakat zur Bürgerschaftswahl am 25.09.1983.
© StAB (Junker)



5.2 IM ZEICHEN DES WANDELS (1980-1989)

PERSONELLE WECHSEL

Mitte der 80er Jahre verlegen zwei langjährige Hauptprotagonisten der Bremer Politik ihren Wirkungskreis in den Deutschen Bundestag. Bürgermeister Hans Koschnick (SPD) tritt im September 1985 auf eigenen Wunsch zurück und übergibt die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger, den bisherigen Fraktionsvorsitzenden der SPD, Klaus Wedemeier. Auch Bernd Neumann zieht 1987 in den Bundestag ein, bleibt aber bis 2008 Landesvorsitzender der Bremer CDU. In Bonn wirbt Neumann unbeirrt um die Selbstständigkeit Bremens, die angesichts eines kolossalen Schuldenbergs (1987 bereits über 12 Milliarden DM!) mehrfach in Frage gestellt wird. Die nachdrücklichen Bekenntnisse Helmut Kohls zur Bremer Selbstständigkeit sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Neumanns Nachfolger als Fraktionsvorsitzender der CDU in der Bremischen Bürgerschaft wird Reinhard Metz.

GEBURTSTAGSFREUDE UND WAHLFRUST

Im Juni 1986 feiert die Bremer CDU ihren 40. Geburtstag. Aus dem numerisch kleinen, aber programmatisch innovativen christdemokratischen »Experiment« ist im traditionell sozialdemokratisch geprägten Bremen eine moderne Volks- und Mitgliederpartei (1986: 3.907 Mitglieder) geworden. Die Partei hat nicht nur ihre Regierungsfähigkeit bewiesen, auch in der Opposition präsentiert sie sich mit zukunftsweisenden Programmen und einem kritischen Blick auf die Bremer Regierung als glaubwürdige Alternative. Mit einer Festveranstaltung im Alten Rathaus und einem anschließenden Sommerfest im Parkhotel wird das Jubiläum festlich begangen. Ehrengast ist Bundeskanzler Helmut Kohl.

DIE »...BITTERSTE NIEDERLAGE SEIT 1959...«

Auf die Festfreude folgt ein gutes Jahr später der Katzenjammer. Bei den Bürgerschaftswahlen 1987 erzielt die CDU mit 23,4 % ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1959. Der Frust sitzt tief, zumal die SPD trotz leichter Verluste ihre absolute Mehrheit verteidigen kann. CDU-Spitzenkandidat Reinhard Metz und Parteichef Neumann führen das schlechte Ergebnis u.a. auf die Abwanderungsbewegung zur FDP zurück, die noch 1983 an der 5% - Hürde gescheitert war. Auch der von allen demokratischen Parteien mit Sorge betrachtete Zulauf von Wählern zur ultrarechten »Deutschen Volksunion (DVU)« sei dem Ergebnis der CDU abträglich gewesen. Den Hauptgrund für die Wahlniederlage sehen Neumann und Metz jedoch in der hohen Zahl der Nichtwähler. Allein 20.000 Stammwähler der CDU seien diesmal der Wahl fern geblieben.

EIN NEUER GENERATIONENKONFLIKT

Die Wahlniederlage facht innerparteilich Diskussionen um Sach- und Personalfragen an. Insbesondere die Junge Union (JU), um die es seit Mitte der 70er Jahre ruhig geworden war, bringt unter ihrem Landesvorsitzenden Ronald-Mike Neumeyer (1985-1989) und Jens Eckhoff (1989-1998) Bewegung in die Partei. Neumeyer fordert von der Mutterpartei eine deutliche Verjüngung der Altersstruktur der CDU-Fraktion und verlangt ein »...fruchtbares Spannungsverhältnis zwischen Partei und Fraktion.« Ähnlich äußert sich Neumeyers Nachfolger, Jens Eckhoff. Die CDU-Abgeordneten dürften sich nicht auf ihren sicheren Bürgerschaftsmandaten verweilend mit der Oppositionsrolle abfinden. Innerhalb der Partei müsse endlich der Jugend eine Chance gegeben werden.



Roland-Mike Neumeyer, Landesvorsitzender der Jungen Union (JU) 1985-1989, fotografiert 1996.
© StAB, Fotograf: Peter F. Meyer

DAS WHO IS WHO DER BREMER CDU:

ROSWITHA ERLLENWEIN (21.08.1930)

Die gebürtige Münchnerin Erlenwein wird 1980 Landesvorsitzende der Bremer Frauen-Union. Während ihrer Amtszeit spricht sich Erlenwein, die auch im Bundesvorstand der CDU-Frauenvereinigung aktiv ist, u.a. gegen die verpflichtende Einführung einer Frauenquote bei der Besetzung der Parteigremien aus. Ihre Begründung: »Frauen wollen gewählt und nicht als zweite Garnitur bestellt werden.« Erlenwein gehört von 1983 bis 1995 der Bremischen Bürgerschaft an und ist in verschiedenen Deputationen und Ausschüssen tätig, darunter als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Gleichberechtigung (1987-1991).

Neben der politischen Arbeit engagiert Erlenwein sich in vorbildhafter Weise ehrenamtlich. Als Vertreterin des Bremer Frauenausschusses gehört sie seit 1985 dem Bremer Rundfunkrat an und wird 1996 dessen Vorsitzende. Daneben ist sie Mitbegründerin des Vereins »Bremer Weserterrassen« und von 1988-1998 Vorsitzende des Kreisverbandes Bremen des Deutschen Roten Kreuzes. Zudem gehört sie dem Vorstand der »Bürgerstiftung Bremen« an.

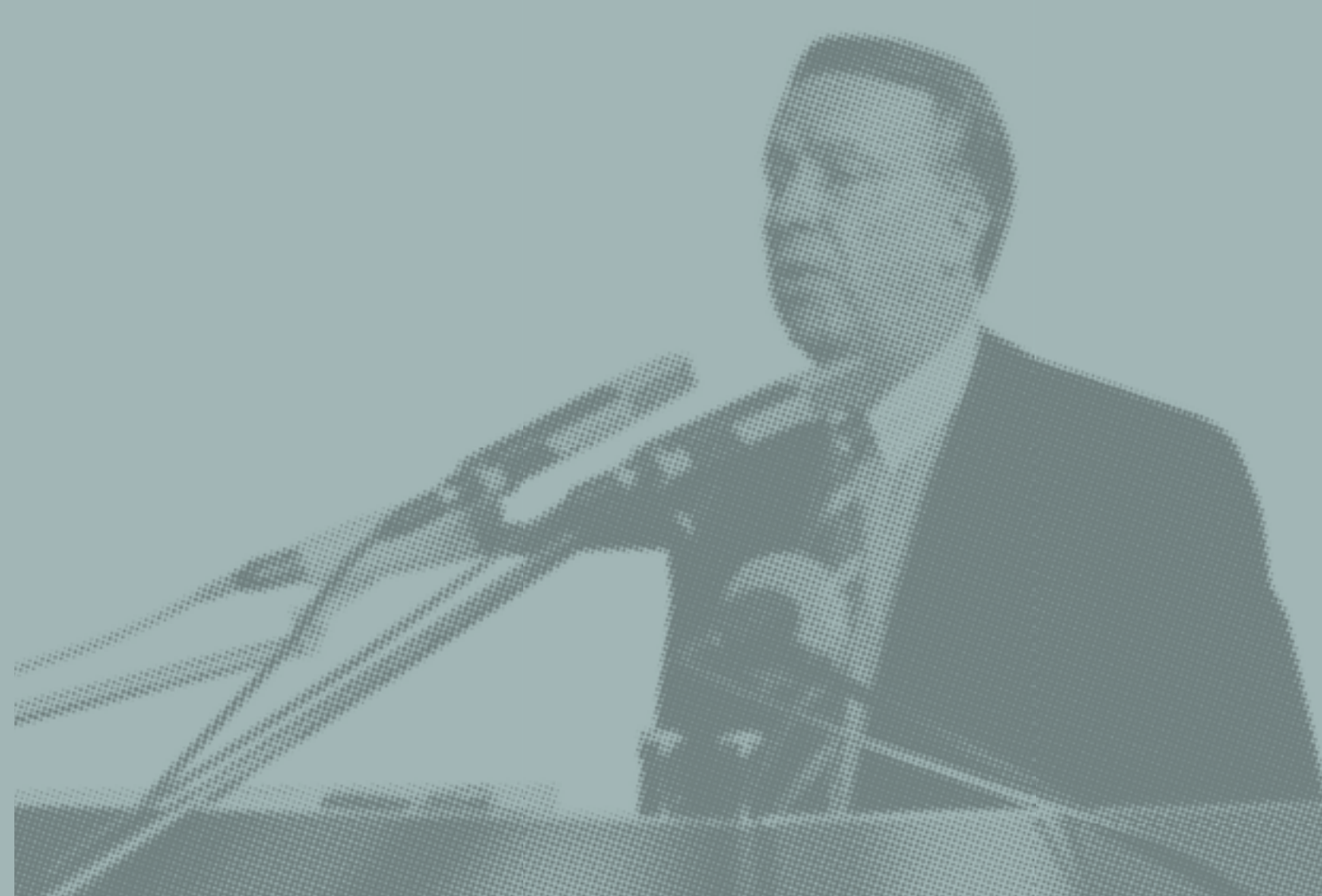
Für ihr herausragendes gesellschaftliches Engagement und ihren ehrenamtlichen Einsatz wird sie 2003 mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.



Reinhard Metz, CDU-Spitzenkandidat bei der Bürgerschaftswahl 1987, auf einem Wahlplakat.
© KAS/ACDP, Plakatsammlung.



40 Jahre CDU, Einladung zum Sommerfest
© CDU Bremen



6.1 ZEITENWENDE UND ERNEUTE REGIERUNGSBETEILIGUNG (1989-1995)



CDU-Bundesparteitag 1989: Foyer des Kongresszentrums auf der Bürgerweide.
© LIS / Foto: Ursula Borucki

BUNDESPARTEITAG UND GLOBALE VERÄNDERUNGEN

Im Herbst 1989 tagt der Bundesparteitag der CDU erstmals in Bremen – für den kleinen Landesverband der Hansestadt ist die Veranstaltung vom 11.-13. September ein Zeichen bundespolitischer Anerkennung. Auf dem Parteitag werden wichtige Personalentscheidungen gefällt, doch überlagert ein Thema von weltgeschichtlicher Dimension die Tagesordnung. Der »Eiserne Vorhang« erhält erste Löcher! Tagungspräsident Bernd Neumann setzt den Parteitag über den Beschluss der ungarischen Regierung in Kenntnis, die Grenzen nach Österreich zu öffnen. Zehntausende DDR-Bürger nutzen diese Möglichkeit, um dem »real existierenden Sozialismus« den Rücken zu kehren. Doch auch innerhalb der DDR beginnen Bürgerinnen und Bürger in ersten Massendemonstrationen gegen die SED-Diktatur und für eine demokratische Neuordnung zu protestieren – der Weg zur »Friedlichen Revolution« und zur Einheit Deutschlands ist beschritten!



Bernd Neumann als Redner auf dem CDU-Landesparteitag am 23. April 1994.
© CDU Bremen

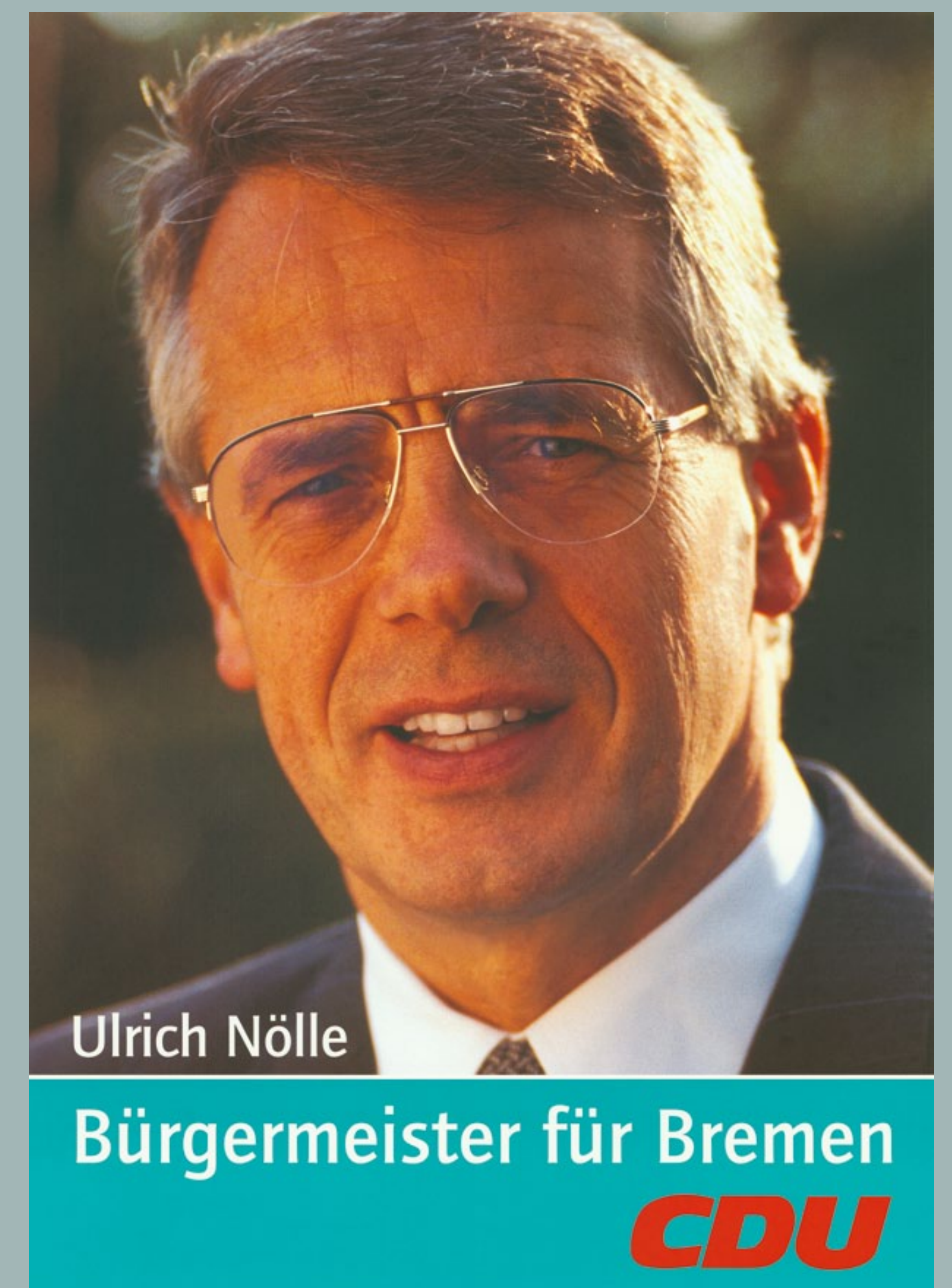
Ende November 1989 feiert die Bremer CDU bei einem außerordentlichen Landesparteitag den Mauerfall – erstmals mit Gästen aus Rostock!

WAHLEN IN ZEITEN DER KRISE

Anfang der 90er Jahre hat sich der Schuldenberg des SPD-geführten Bundeslandes Bremen auf rund 15 Milliarden DM erhöht – Der Hansestadt droht der finanzielle Ruin und damit auch der Verlust der jahrhundertlang gewährten Selbstständigkeit. Haushaltssanierung und Schuldenabbau sind die Gebote der Stunde. Auf Initiative des Landesvorsitzenden Bernd Neumann hin, bewirbt sich mit Ulrich Nölle ein politisch »unverbrauchter« Finanzfachmann für die Bürgerschaftswahlen 1991 um den Posten des Spitzenkandidaten. Im Mai wird Nölle mit nur einer Gegenstimme auf einem CDU-Landesparteitag zum Kandidaten um das Bürgermeisteramt gekürt.

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahl am 29. September 1991 drückt eine erdrutschartige Verschiebung in der politischen Landschaft Bremens aus: Die SPD muss im Vergleich zur Wahl 1987 Verluste von fast 12% hinnehmen und findet sich bei 38,8% der Stimmen wieder. Dagegen kann die CDU einen Stimmenzuwachs von 7,3% erzielen und vereint damit stattliche 30,7% der Wählerstimmen auf sich – nur noch 8% trennen sie von der SPD!

Da die Bildung einer handlungsfähigen Regierung angesichts der gewaltigen Probleme Bremens das Gebot der Stunde ist, verschließt sich die CDU einer Zusammenarbeit mit der SPD nicht. Sie bietet eine Große Koalition auf Zeit an, doch die SPD um Bürgermeister Klaus Wedemeier favorisiert ein schwieriges, bundesweit erst einmal erprobtes Experiment: Die »Ampelkoalition« aus SPD, Grünen und FDP.



Ulrich Nölle als Spitzenkandidat der CDU bei den Bürgerschaftswahlen 1991.
© KAS/ACDP, Plakatsammlung

Dennoch stürzt sich die CDU durch den Wahlerfolg bestärkt mit neuem Elan als Oppositionspartei in die nächste Legislaturperiode. Im Oktober 1991 wird Peter Kudella nach 1989 zum zweiten Mal zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Elisabeth Motschmann, seit 1990 in der Bremer CDU aktiv und stellvertretende Parteivorsitzende, wird auf Anhieb auch stellvertretende Vorsitzende der Fraktion. Zum Vizepräsidenten der Bürgerschaft nominiert die CDU Ulrich Nölle. Neuer parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion wird Helmut Pflugradt.

SCHULDEN UND SCHLAGZEILEN

Der Ampelkoalition ist in den kommenden Jahren kein Glück beschieden. Interne parteipolitische Gegensätze und politische Skandale (»Stadtwerke-Affäre«, »Piepmatz-Affäre«) lassen Zweifel an der Handlungsfähigkeit und der Vertrauenswürdigkeit der Regierungspartner aufkommen. Derweil wächst der Bremer Schuldenberg bis Mitte der 90er Jahre auf über 17 Milliarden DM! Das Bundesverfassungsgericht stellt 1992 die »extreme Haushaltsnotlage« Bremens fest. Künftig hat das Land Anspruch auf eine Sanierungshilfe seitens des Bundes, muss aber seinerseits Sparauflagen erfüllen.

Zur »Halbzeit-Sitzung« der Bremischen Bürgerschaft macht die CDU-Fraktion weitreichende Vorschläge zur Spar-, als auch zur dringend erforderlichen Investitionspolitik. Neue Gewerbeflächen müssten geschaffen und öffentliche Unternehmen privatisiert werden. Zudem schlägt die CDU eine Verwaltungsreform und die Verbesserung der Infrastruktur vor – ihre Ideen werden jedoch von der Mehrheit der Bürgerschaft abgelehnt.



6.2 ZEITENWENDE UND ERNEUTE REGIERUNGSBETEILIGUNG (1989-1995)

NACHDRÄNGEN DER JUNGEN GENERATION



CDU-Landesparteitag am 23. April 1994 (v.l.n.r.): Ulrich Nölle, Bernd Neumann, Helmut Pflugradt, Elisabeth Motschmann.
© CDU Bremen



Jens Eckhoff, Landesvorsitzender der Jungen Union (1989-1998), Anfang der 90er Jahre.
© CDU Bremen

Mit der Bürgerschaftswahl 1991 hat sich die CDU-Fraktion verjüngt. Fünf Abgeordnete aus den Kreisen der Jungen Union (JU) sind unter 30 Jahre alt und fordern selbstbewusst einen größeren Einfluss auf das politische Tagesgeschäft ein. Der wiedergewählte Landesvorsitzende der JU, Jens Eckhoff, möchte für junge Abgeordnete erstmals den Status einer »Jungen Gruppe« erwirken und hat Erfolg! Der »Jungen Gruppe« gehören mit Thomas Röwekamp aus Bremerhaven und Jörg Kastendiek zwei CDU-Abgeordnete an, die in den kommenden Jahren in bedeutenden Funktionen für die CDU Bremen aktiv sein werden.

DIE KNAPPSTE ENTSCHEIDUNG: BÜRGERSCHAFTSWAHL 1995

Im Januar 1995 zerbricht die »Ampel«. Bürgermeister Wedemeier kündigt vorgezogene Neuwahlen für den Mai 1995 an. Am 14. Mai treffen die Bremer Wählerinnen und Wähler eine denkwürdige Entscheidung: 32,6% geben der CDU ihre Stimme! Damit liegt die Partei nur noch 2700 Stimmen hinter der SPD, die mit 33,4% ihr bislang schlechtestes Wahlergebnis erzielt. Bürgermeister Wedemeier erklärt daraufhin seinen Rücktritt. Am 4. Juli nimmt der Senat unter dem neuen Bürgermeister und Präsidenten des Senats, Henning Scherf, seine Arbeit auf. Erstmals seit den 50er Jahren gehören wieder Bremer CDU-Vertreter im Rahmen einer Großen Koalition der Regierung an: Ulrich Nölle (Finanzen), Ralf Bortscheller (Innere), Hartmut Perschau (Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten) und Bernd Schulte (Bau, Verkehr und Stadtentwicklung).

DAS WHO IS WHO DER BREMER CDU:

JÖRG KASTENDIEK (18.09.1964)



Jörg Kastendiek (Anfang der 90er Jahre)
© CDU Bremen

Jörg Kastendiek wird in Bremen geboren, erwirbt zunächst einen Realschulabschluss und lässt sich anschließend zum Betonbauer ausbilden. An einer Fachoberschule erwirbt er die Fachhochschulreife. Er studiert von 1984-1987 Bauingenieurwesen an der Hochschule Bremen und schließt das Studium als Diplom-Ingenieur (FH) ab. Während seines Studiums hat Kastendiek, der in den 80er Jahre der CDU Bremen beitrifft, den Vorsitz des »Rings Christlich-Demokratischer Studenten« (RCDS) inne (1985-1987). Von 1987 an ist er als Kalkulator und zuletzt als Leiter der Kalkulation tätig. Daneben nimmt er für die Junge Union (JU) und die CDU wichtige Ämter wahr, u.a. als stellvertretender Landesvorsitzender der JU (1988-1992) und von 1996-2004 als Vorsitzender des CDU-Stadtbezirksverbands Burglesum. 1996 wird er in den Landesvorstand gewählt. Seit 1991 gehört Kastendiek der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft an, deren Vorsitz er von Juli 2003 bis Mai 2005 inne hat. Anschließend scheidet er aus der Bürgerschaft aus, um als Senator für Wirtschaft, Häfen und Kultur ein bedeutendes Regierungsamt zu übernehmen. Seit 2007 ist er wieder Mitglied der Bürgerschaft, in mehreren Ausschüssen vertreten und Angehöriger der staatlichen und städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen. Zwischen 2008 und 2012 fungiert er als stellvertretender Landesvorsitzender der CDU, daneben ist er von 2009-2013 auch Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Bremen-Nord. 2012 wird Kastendiek zum Landesvorsitzenden der CDU Bremen gewählt und gehört seit diesem Jahr auch dem Bundesvorstand der Partei an. Der Sprecher der CDU-Fraktion für Wirtschaft und Arbeit ist seit 2007 Geschäftsführer eines mittelständischen Bauunternehmens.

Jörg Kastendiek lebt in Bremen.

